

Bezirksausschuss des 16. Stadtbezirkes
Ramersdorf-Perlach



Landeshauptstadt
München

Landeshauptstadt München, Direktorium
Friedenstraße 40, 81660 München

**An alle
Mitglieder des Bezirksausschuss 16
Ramersdorf-Perlach**

**Vorsitzender
Thomas Kauer**

Privat:
E-Mail: mail@kauerthomas.de

Geschäftsstelle:
Friedenstraße 40, 81660 München
Telefon: (089) 233-614 87 / -81
Telefax: (089) 233-61485
E-Mail: bag-ost.dir@muenchen.de

München, 09.02.2024

**Protokoll der Sitzung des Bezirksausschusses des 16. Stadtbezirkes Ramersdorf-Perlach vom
08.02.2024**

Pfarrsaal der Kath. Pfarrgemeinde Christus Erlöser (St. Stephan), Lüdersstr. 12, 81737 München

Beginn: 19:18 Uhr

Ende: 22:02 Uhr

Anwesend:

BA-Mitglieder: 39

Details siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleitung: BA-Vorsitzender Thomas Kauer

1 Allgemeines

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kauer eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, bedankt sich bei der Kirche, dass der BA im Pfarrsaal die Sitzung abhalten darf, gibt die vorliegenden Entschuldigungen bekannt und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

1.1.1 Amtsniederlegung von Frau Susanne Kurz; Amtseinführung von Frau Christiane Metz

in den Bezirksausschuss 16 Ramersdorf-Perlach

Herr Kauer bedankt sich bei der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion für den netten Abschied von Frau Kurz.

1.1.2 Vereidigung von Frau Christiane Metz

Herr Kauer vereidigt Frau Christiane Metz.

Frau Metz schwört den Eid ohne „so wahr mir Gott helfe“.

1.1.3 Nachbesetzung im Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget

Frau Girardin gibt bekannt, dass Frau Christiane Metz für Frau Susanne Kurz in den Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget nachrückt.

1.2 Beschluss über die endgültige Tagesordnung

zu 3.1.4 Weidener Str., 81737 München /Hier: geänderte Verkehrsführung durch durchgängiges absolutes Halteverbot; Anliegen aus der Bürgerschaft vom November 2023
Ergänzung durch die Antragsteller vom 07.02.2024

3.3.1 Interfraktioneller Antrag zur Erweiterung des Stadtgartens an der Hochäckerstr.; interfraktioneller Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion, CSU Fraktion und SPD/Die Linke Fraktionsgemeinschaft

3.3.2 Radikaler Kahlschlag an der Carl-Wery-Str. - Auswirkungen auf Landschaft und Schallschutz; Anliegen aus der Bürgerschaft
Hierzu: Information der Unteren Naturschutzbehörde zu einer weiteren Anfrage aus der Bürgerschaft zu den Baumfällungen

3.5.2 Aufforderung die Pläne für den beschlossenen Umbau des ehemaligen Vereinsheims und Gaststätte bei der Bezirkssportanlage Bert-Brecht-Alle so zu modifizieren, dass im Erdgeschoss ein großer Raum von ca. 150 qm entsteht; Antrag der SPD/Die Linke Fraktionsgemeinschaft

zu 4.4.1 Standortbeschluss zur Unterbringung wohnungsloser (vulnerabler) Einzelpersonen und Paare sowie Einzelpersonen mit Mobilitätseinschränkungen und/oder mit Pflegebedarf
Beowulfstr. 2 - 8/Midgardstr. 10
16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12045
Beschluss des Sozialausschusses vom 25.01.2024 (SB)
Öffentliche Sitzung
Bitte um Stellungnahme bis spätestens 10.01.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 12.01.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 19.01.2024
Hierzu: Brief des BA-Vorsitzenden an die Sozialreferentin, Antwort der Sozialreferentin auf diesen Brief und Anliegen aus der Bürgerschaft vom 09.01.2024 zu dem Vorhaben
Stellungnahme vorab durch den Vorsitzenden nach § 20 Abs. 1 Satz 2 der BA-Satzung (in der Sitzung am 11.01.2024 in einen Erörterungstermin in der KW 3 vertagt); Zwischen-
nachricht des Sozialreferates vom 22.01.2024, dass die Beschlussvorlage nicht mehr in den Sozialausschuss am 25.01.2024, sondern in den Sozialausschuss am 22.02.2024 eingebracht werden soll
Hierzu: Antwort des Sozialreferats zur Stellungnahme vorab durch den Vorsitzenden nach § 20 Abs. 1 Satz 2 der BA-Satzung

- zu 4.5.1.1 Schmidbauerstr. 24 - Abbruch Bestandsgebäude, Neubau von drei Wohngebäuden mit Tiefgarage - VORBESCHIED; Frist zur Stellungnahme 12.02.2024 (Anregung zur Vorstellung in einer der nächsten UA-Sitzungen aus der Sitzung vom 11.01.2024)
Brief des BA-Vorsitzenden mit der Bitte um Vorstellung des Bauvorhabens im UA
- 4.6.2.1 Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO und in einer Grünanlage; Hier: Faschingstreiben auf dem Pfanzeltplatz am 11.02.2024
Frist zur Stellungnahme bis zum 07.02.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024, 10:00 Uhr
- 5.2.3.1 Protokoll vom 24.01.2024, Ortstermin Rosenheimer Straße / Riesige Rosi – Toilettenanlagen
- 5.2.4.1 Ergebnis-Protokoll des Sportvereinstreffens am 17.01.2024
- zu 6.3.1 Aufstellung eines weiteren Spielgerätes auf dem Spielplatz Ayinger-/Rupertigaustraße (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05855
Protokoll zum Ortstermin vom 01.02.2024 von 14.30 bis 15.15 Uhr

Die so ergänzte Tagesordnung wird **einstimmig beschlossen**.

Herr Kauer weist die BA-Mitglieder darauf hin, dass es draußen an der Theke zwei Kühlschränke mit Getränken gibt. Wenn sich jemand dort ein Getränk nimmt, soll dafür eine Spende in die Schale an der Theke gelegt werden.

Herr Kauer bittet um ein Meinungsbild am Ende der Sitzung, in welchem Sitzungsort der BA tagen soll.

Außerdem bittet Herr Kauer um Zustimmung, dass die Tagesordnungspunkte zum Thema Beowulfstr. (4.4.1 und 4.5.1.7) vorgezogen und zum Beginn der Sitzung behandelt werden, da zu dem Thema viele Bürgerinnen und Bürger anwesend sind.
Dem wird **einstimmig zugestimmt**.

1.3 Protokoll der vergangenen Sitzung -/-

1.4 Bericht des BA-Vorsitzenden über aktuelle Vorgänge

Herr Kauer berichtet kurz zu folgenden Punkten:

- Die Videoschalte zur Beowulfstr.

Am 11.01.24 fand eine Videoschalte zur Beowulfstr. statt. Am 12.01.24 wurde die Vorabstellungnahme des Bezirksausschusses zu der Anhörung abgegeben. Mittlerweile ging die Antwort auf die Vorabstellungnahme des Bezirksausschusses ein und die Beschlussvorlage wird, auch dank dem Einsatz einiger Stadträte, nicht mehr im Sozialausschuss am 25.01.2024, sondern im Sozialausschuss am 22.02.2024 behandelt. Herr Kauer bedankt sich für den Einsatz der Stadträte hierfür.

- Den Informationstermin zur Zwischennutzung am Hanns-Seidel-Platz

- Die Benennung der/des Gleichstellungsbeauftragten

Die Benennung der/des Gleichstellungsbeauftragten soll in der nächsten Sitzung formal auf die Tagesordnung aufgenommen werden, da, nach der Information von Frau Girardin in der BA-Sitzung, Herr Enrico Büttner Interesse daran hat der neue Gleichstellungsbeauftragte des Bezirksausschusses zu werden.

1.5 Vertreterinnen und Vertreter von Behörden und Fachdienststellen sowie weitere Gäste -/-

1.6 Sonstiges

-/-

2 Entscheidungsfälle

2.1 Mobilität

**2.1.1 (E) + (U) Einrichtung von Schrägparkplätzen am Gerhart-Hauptmann-Ring
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 01256 der Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes
Ramersdorf-Perlach vom 10.05.2023**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11961

Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:

„Der Unterausschuss empfiehlt die Zustimmung.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

**2.1.2 (E) + (U) Baustelle Bahnüberführung Balanstraße: Durchfahrverbot für
Radfahrer**

**BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 01444 der Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes
Ramersdorf-Perlach vom 20.07.2023**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11959

Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:

„Der Unterausschuss empfiehlt die Zustimmung.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

2.2 Kultur und Stadtbezirksbudget

**2.2.1 Entscheidungen über die Gewährung von Zuschüssen aus den Budgetmitteln des
BA 16 gemäß Vollmacht des Oberbürgermeisters vom 26.11.2007 Beschlussvorlagen
des Direktoriums**

2.2.1.1 (E) Stadtbezirksbudget

Afro-European e.V.

Roundup 2024 am 09.11.2024

4.250,00 € / Az. 0262.0-16-0564

(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11795

Bericht aus dem Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget:

„Anmerkung: Die Vertagung sollte so lange andauern, bis negative Förderbescheide des städtischen Kulturreferats, des städtischen Sozialreferats und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ, vorliegen.“

Beschlussempfehlung:

Der Unterausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag zu vertagen, bis die Ablehnungsbescheide der vorgenannten Stellen eingegangen sind.“

Herr Bohlig erklärt, dass er den Antragstellern angeraten hat, sich bei ihm zu melden, sobald die Bescheide vorliegen.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird, im Sinne einer Vertagung bis sich die Antragsteller melden, dass die Bescheide vorliegen, **einstimmig zugestimmt**.

2.2.1.2 (E) Stadtbezirksbudget

HIDALGO gGmbH

„Street Art Song (im Rahmen des Kunstlied-Festivals HIDALGO 2024 „Kommerz!“)“

2.100,00 Euro; Az. 0262.0-16-0571

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12111

Bericht aus dem Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget:

„Der Antragsteller präsentiert sein Vorhaben. Finanziert werden sollen vier Musikaufführun-

gen zu je 15 Minuten an einem noch auszuwählenden Ort im 16. Stadtbezirk. Vorgeschlagen wird das MVG-Museum oder der Ostpark. Die Aufführungen von klassischer Musik sollen an einem einzigen Ort stattfinden. Das Projekt ist München weit ausgerichtet und soll in allen Stadtbezirken beantragt werden. Aus sieben Bezirksausschüssen gibt es bislang eine Rückmeldung. Vier Bezirksausschüsse unterstützen das Projekt.

Beschlussempfehlung:

Der Unterausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

2.2.1.3

(E) Stadtbezirksbudget

Initiative "Tierische Perspektiven"

Die Stimme der Stummen - Tierische Perspektiven auf die Tierhaltung vom 18.04.-17.05.2024

1.106,00 Euro / Az. 0262.0-16-0573

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12292

Bericht aus dem Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget:

„Die Antragstellerinnen tragen zu ihrem Vorhaben vor. Beantragt wird ein Kunstworkshop, der an zwei Freitagen in Kulturbunt durchgeführt werden soll. Der Workshop soll kostenlos angeboten und im Stadtbezirk beworben werden. Inhalt des Kurses ist der Umgang mit Tieren und das Tierwohl. Die Ergebnisse sollen künstlerisch umgesetzt und ausgestellt werden. Ein Konzept des Workshops liegt nicht vor, die Antragsteller führen dies auch das erste Mal durch.

Beschlussempfehlung:

Der Unterausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Die Antragstellerin wird darauf hingewiesen, den Antragsgegenstand in einem Konzept zu erläutern. Eine Beantragung durch den Zuschussempfänger wird vom Unterausschuss abgelehnt. Der Antrag kann nur über eine Institution, eine Einrichtung oder einen Verein eingebracht werden, der einen klaren Adressatenkreis hat.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

Herr Kauer erklärt, dass die Sitzungsvorlage, für das im UA vorberatene Ramadama, auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung behandelt wird, und die Vorberatung des Unterausschusses hierfür bestehen bleiben kann.

2.2.2

Weitere Entscheidungen

-/-

2.3

Umwelt, Gesundheit und Grünplanung

-/-

2.4

Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung

-/-

2.5

Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung

-/-

2.6

Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen

-/-

2.7

Sonstige

-/-

3

Anträge

3.1 Mobilität

- 3.1.1 **Einrichtung eines durchgehenden Halteverbots in der Friedrich-Creuzer-Str.; Anliegen aus der Bürgerschaft vom 27.11.2023 (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**
Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:
„Der Unterausschuss empfiehlt die Weiterleitung.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

- 3.1.2 **Verkehrssicherheit für Fußgänger an der Kreuzung Hochäckerstr./Balanstr.; Anliegen aus der Bürgerschaft vom 21.12.2023 (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**
Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:
„Die Gefahrenstelle ist schon behoben. Der Antrag nicht mehr relevant.“

Herr Höcherl erklärt, dass nach dem Gespräch mit dem Antragsteller das Anliegen erledigt ist. Bezüglich eines neuen Anliegens des Antragstellers zur Hochäckerstr., dass der Antragsteller bei dem Gespräch erwähnt hat, wird die Geschäftsstelle kontaktiert.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird, im Sinne einer Erledigung, **einstimmig zugestimmt**.

- 3.1.3 **Antrag für Radwegebenutzungspflicht auf der Gänselieselstraße; Anliegen aus der Bürgerschaft vom 10.01.2024**
Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:
„Der Unterausschuss empfiehlt die Weiterleitung.“

Herr Nüßle erklärt, dass es in diesem Fall sinnvoll ist, den Antrag nicht weiterzuleiten, da es eine Schule und begrenzten Straßenraum gibt. Da es an dieser Stelle keinen Platz für einen eigenen Fahrradweg gibt, und die Schüler auf dem Schulweg zum Teil unvorsichtig sind, macht es Sinn die Situation so zu lassen, wie sie ist.

Herr Soukup plädiert für die Weiterleitung des Bürgeranliegens, da es einen, zugegeben schmalen, Radweg gibt und deshalb die Fahrwege getrennt werden können.

Herr Miller spricht sich, aufgrund der Erfahrungen des Schulwegs seines Kinds an der Gänselieselstraße, für die Radwegbenutzungspflicht aus. Herr Miller erklärt, dass er es als eine Situation ansieht, bei der der Radfahrer eher durch eine Fahrt auf der Straße gefährdet werden würde, da die Gänselieselstraße sehr schmal ist.

Frau Wolf-Tinapp berichtet von einem Vorfall, bei der eine Autotür beim Radweg plötzlich aufging und dort zwei Kinder vor ihr ausstiegen, als sie auf dem Radweg fuhr.

Herr Höcherl erklärt, dass ohne die Radwegbenutzungspflicht das Fahrradfahren auf diesem nicht verboten wird und plädiert gegen die Weiterleitung des Bürgeranliegens.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses, zur Weiterleitung des Anliegens aus der Bürgerschaft, wird **mehrheitlich zugestimmt**.

- 3.1.4 **Weidener Str., 81737 München /Hier: geänderte Verkehrsführung durch durchgängiges absolutes Halteverbot; Anliegen aus der Bürgerschaft vom November 2023 Ergänzung durch die Antragsteller vom 07.02.2024**
Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:
„Der Unterausschuss empfiehlt, dass der Unterausschussvorsitzende bis zur Vollversammlung im MOR anruft, warum die neue Verkehrsführung eingeführt wurde. Es wurde festgestellt, dass außerdem die Dialog-Displays in München nach und nach eingeführt werden und die Weidener Straße im BA 16 als erstes vorgesehen ist.“

Herr Höcherl erklärt, dass es sich nach der Auskunft des zuständigen Sachbearbeiters des Mobilitätsreferats um Klappschilder handelt und diese möglicherweise wegen dem Winterdienst ausgeklappt wurden. Hierzu müsste man sich nochmals informieren.

Herr Kauer stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss zur Klärung der ausstehenden Fragen.

Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.

Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

3.1.5 **Freilaufenden Rechtsabbieger auflösen und entstehenden Freiraum begrünen; Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion**

Herr Kress-del Bondio erklärt, dass er den Antrag als nicht notwendig ansieht, da sich ihm die Notwendigkeit, den freilaufenden Rechtsabbieger abzuschaffen, nicht erschließt und diese kleine Fläche als Grünfläche auch kein großer Gewinn ist.

Frau Schweizer erklärt, dass in der Begründung steht, dass die Fahrradfahrer nicht gefährdet werden sollen, die in die falsche Richtung fahren. Frau Schweizer erklärt, dass sich die Fahrradfahrer dann wie ein Fußgänger verhalten sollten, anstatt in großer Geschwindigkeit über die Kreuzung zu fahren. Frau Schweizer plädiert, als Rollerfahrerin, dafür vorsichtig Fahrrad zu fahren, da man als Fahrradfahrer die kleinste Knautschzone hat.

Herr Soukup erklärt, dass die CSU Fraktion die Argumente der Kollegen teilt und den Antrag ablehnt. Der Antrag wird, in Zeiten klammer Kassen, außerdem aufgrund der hohen Kosten, wegen der damit verbundenen Planungen für die notwendige Umgestaltung der Kreuzung, abgelehnt.

Herr Höcherl plädiert aus der Sicht eines Autofahrers, der diese Kreuzung v.a. bei dem freilaufenden Rechtsabbieger schwierig findet, für den Antrag.

Herr Nüßle erklärt, dass sich die Stadt München der Vision Zero, keine toten Fahrradfahrer, verschrieben hat und plädiert für den Antrag. Hierbei erklärt Herr Nüßle, dass es im Sinne der Klimaanpassung darum geht an allen Ecken und Enden Versickerungsräume zu schaffen. Dies sind präventive Maßnahmen, für die man alles Nutzen muss, was geht.

Frau Schwinghammer erklärt, dass sie die Umweltaspekte des Antrags versteht, aber der Antrag negative Umweltaspekte mit sich bringen würde, da die Kreuzung hoch frequentiert ist und der Rechtsabbieger an der Kreuzung für Entlastung sorgt. Deshalb befürwortet Frau Schwinghammer den Antrag nicht.

Frau Meier-Credner erklärt, dass sich die Appelle zur Vorsicht an die stärkeren Verkehrsteilnehmer und nicht die schwächeren Verkehrsteilnehmer richten sollten.

Die Weiterleitung des Antrags wird **mehrheitlich abgelehnt**.

3.2 **Kultur und Stadtbezirksbudget**

3.2.1 **Unterstützungsantrag für KulturBunt Neuperlach e.V.**

Herr Kauer schlägt die Weiterleitung des Antrags vor.

Dem wird **einstimmig zugestimmt**.

3.3 **Umwelt, Gesundheit und Grünplanung**

3.3.1 **Interfraktioneller Antrag zur Erweiterung des Stadtgartens an der Hochäckerstr.; interfraktioneller Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion, CSU Fraktion und SPD/Die Linke Fraktionsgemeinschaft**

Herr Kauer schlägt die Weiterleitung des interfraktionellen Antrags vor.

Dem wird **einstimmig zugestimmt**.

3.3.2 **Radikaler Kahlschlag an der Carl-Wery-Str. - Auswirkungen auf Landschaft und Schallschutz; Anliegen aus der Bürgerschaft Hierzu: Information der Unteren Naturschutzbehörde zu einer weiteren Anfrage aus der Bürgerschaft zu den Baumfällungen**

Herr Kauer erklärt, dass ihn das Anliegen vergangenen Samstag erreicht hatte und er sich

die Situation am Sonntag angesehen hat. Derzeit wird geprüft, ob die Fällung hier erlaubt war. Was mittlerweile feststeht ist, dass der Bereich nicht der Baumschutzverordnung unterlag. Es gibt auch Berichte, dass es aufgrund von Verkehrsplanungen einen Auftrag zur Fällung gab.

Herr Kauer schlägt vor den Antrag weiterzuleiten, die Stadt aufzufordern bei der Prüfung des Falls mit engster Auslegung ihres Ermessensspielraums tätig zu werden und den Fall maximal aufzuklären. Es soll auch geklärt, welcher Auftrag von wem hier erging. Herr Kauer erklärt, dass ihn zusätzlich interessiert, was mit dem Gelände geplant ist. Dem Antrag von Herrn Kauer wird **einstimmig zugestimmt**.

3.4 Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung

-/-

3.5 Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung

3.5.1 Entkoppelung der Sanierung Ramersdorfer Ortskern und der Tramplanung; Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

(in der Sitzung am 11.01.2024 in den UA Mobilität und den UA Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung vertagt)

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird im Unterausschuss kontrovers diskutiert.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die historischen Ortskerne Ramersdorf und Perlach bei der Planung von Trambahntrassen freigehalten werden sollen. Derartige Trassen passen weder optisch noch räumlich in den Bereich ensembleschutzter historischer Ortskerne.

Einigkeit besteht auch darüber, dass das Bebauungsplanverfahren sowie die Realisierung der Planungen für den Ortskern Ramersdorf umgehend und zügig fortgeführt werden müssen und dass insbesondere Planungen für eventuelle Trambahntrassen diese Fortführung nicht behindern und verzögern dürfen.

Im Rahmen der Diskussion wird aber auch deutlich, dass möglicherweise eine Trambahnlinie vom Deutschen Museum über die Rosenheimer Straße bis zum Ortskern und auch darüber hinaus von Teilen des UA durchaus als wünschenswert angesehen wird.

Nach längerer Diskussion einigt sich der Unterausschuss auf folgende Formulierung des Antrags, der die vorgebrachten Meinungen soweit als möglich berücksichtigen soll:

Es wird nunmehr beantragt,

- die historischen Ortskerne Ramersdorf und Perlach von Planungen hinsichtlich neuer Trambahntrassen auszunehmen,

- das Bebauungsplanverfahren auf Basis des Siegerentwurfs des städtebaulichen Wettbewerbs für den Ortskern Ramersdorf, ohne Berücksichtigung von zukünftigen Trassenplanungen für Trambahnen, zügig fortzuführen und weiterzuentwickeln,

- soweit sich in der Zukunft die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit einer von der Innenstadt über die Rosenheimer Straße nach Ramersdorf als Endpunkt führenden Trambahntrasse oder einer, über einen Korridor in Richtung Autobahn weiterführenden Trambahnstrecke ergeben sollte, ist die Planung der Trasse an die dann bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden oder realisierten Planungen des Ortskerns Ramersdorf anzupassen.“

Herr Nüßle erklärt, dass er ergänzen möchte, dass der Bau am Ramersdorfer Ortskern zügig vorankommen und die Sanierungsmittel gesichert werden sollen.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird, mit den Ergänzungen aus dem Unterausschuss und der Ergänzung von Herrn Nüßle, **einstimmig zugestimmt**.

3.5.2 **Aufforderung die Pläne für den beschlossenen Umbau des ehemaligen Vereinsheims und Gaststätte bei der Bezirkssportanlage Bert-Brecht-Alle so zu modifizieren, dass im Erdgeschoss ein großer Raum von ca. 150 qm entsteht; Antrag der SPD/Die Linke Fraktionsgemeinschaft**

Frau Achhammer stellt den Antrag vor und erklärt, dass sie sich den Raum mit Frau Burkhardt angeschaut und ausgemessen hat und hier der benötigte Raum für die Vereine des Stadtbezirks und die Sitzungen des Bezirksausschusses geschaffen werden könnte. Frau Achhammer erläutert, dass das geeignete Gebäude genutzt werden sollte, da das Kulturhaus noch sehr lange dauert.

Herr Nüßle erkundigt sich, wer den Saal bewirtschaften würde.
Frau Achhammer informiert, dass man hierzu mit dem SVN reden müsste.

Herr Damaschke berichtet über die Vorgespräche des SVN mit dem RBS, bei denen klar gemacht wurde, dass es großen Bedarf für einen großen Raum gibt. Herr Damaschke erklärt, dass nach der damaligen Beschlussvorlage die Räume auch zur Vermietung für Vereine und den Bezirksausschuss dienen sollten und informiert über die Details der Beschlussvorlage. Herr Damaschke verweist zu dem Thema auch auf das Ergebnis-Protokoll des Sportgesprächs, das sich als TOP 5.2.4.1 auf der Tagesordnung befindet. Herr Damaschke erklärt, dass für die Vereinsfamilie eines Sportvereins, und auch anderer Vereine, die entsprechenden Räumlichkeiten, um zusammenzukommen und zu feiern, sehr wichtig sind.

Der Weiterleitung des Antrags wird **einstimmig zugestimmt**.

3.6 Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen

3.6.1 **Verbesserung der Pünktlichkeit der Leerung der Mülltonnen in der Irma-Uhrbach-Str.; Anliegen aus der Bürgerschaft vom 07.01.2024**

Hierzu: Antwort des AWM vom 24.01.2024

Bericht aus dem Unterausschuss Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen:

„Nach reger Diskussion empfiehlt der UA mehrheitlich die Kenntnisnahme des Anliegens und der Antwort des Abfallwirtschaftsbetriebs München hierzu. Weitere Veranlassungen des BA 16 sind nicht geboten.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

3.6.2 **Öffentliches W-Lan an der Riesigen Rosi; Anliegen aus der Bürgerschaft vom 06.01.2024**

Bericht aus dem Unterausschuss Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen:

„Der UA empfiehlt einstimmig, das vom BA-Vorsitzenden vorgeschlagene Vorgehen zu unterstützen und die LH München, vertreten durch das Referat für Arbeit und Wirtschaft, zu bitten, in Abstimmung mit den Stadtwerken München die (verschiedenen) Möglichkeiten zur Einrichtung eines öffentlichen WLAN in der öffentlichen Boulderpassage Riesige Rosi in der Rosenheimer Str. darzustellen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

3.7 Sonstige Anträge

-/-

4 Anhörungen

4.1 Mobilität

4.1.1 **Erleichterte streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen und ähnliche Einrichtungen**

hier: Karl-Marx-Ring 65 + 67 (Grundschule + Haus für Kinder); Frist: 29.02.2024

Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:

„Der Unterausschuss empfiehlt die Zustimmung.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.1.2 **Karl-Marx-Ring 65;
Anordnung eines absoluten Haltverbots als Hol- und Bringzone
für die Grundschule Karl-Marx-Ring; Frist: 29.02.2024**

Bericht aus dem Unterausschuss Mobilität:

„Der Unterausschuss empfiehlt die Zustimmung.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.2 Kultur und Stadtbezirksbudget

4.2.1 **Zuwendung aus dem Stadtbezirksbudget der Bezirksausschüsse
Antrag der Initiative „Raumfragen Neuperlach“ vom 23.12.2022
Raumfragen Neuperlach
Bitte um Mitteilung, ob Mietkosten zusätzlich abgerechnet werden können
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

Bericht aus dem Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget:

„Der Antragsteller berichtet zum Verlauf des Projekts. Die Konstruktion konnte aufgrund der zu niedrigen Deckenhöhe nicht in den Räumlichkeiten von Shaere zusammengebaut werden. Daher wurden Werkstätten in der Domagkstraße angemietet. Das Projekt ist sehr gut angenommen worden und wurde bildlich dokumentiert. Zurzeit wird die Konstruktion zusammengeklappt in den Räumlichkeiten von Shaere untergebracht. Es wird angestrebt, die Skulptur an eine Einrichtung im Stadtbezirk abzugeben. Gespräche mit der Verwaltung der Spielstadt Maulwurfshausen laufen hierzu.“

Beschlussempfehlung:

Der Unterausschuss empfiehlt einstimmig die Umwidmung einer Antragsteilsumme zuzustimmen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.3 Umwelt, Gesundheit und Grünplanung

-/-

4.4 Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung

4.4.1 **Standortbeschluss zur Unterbringung wohnungsloser (vulnerabler) Einzelpersonen und Paare sowie Einzelpersonen mit Mobilitätseinschränkungen und/oder mit Pflegebedarf**

Beowulfstr. 2 - 8/ Midgardstr. 10

16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12045

Beschluss des Sozialausschusses vom 25.01.2024 (SB)

Öffentliche Sitzung

Bitte um Stellungnahme bis spätestens 10.01.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 12.01.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 19.01.2024

Hierzu: Brief des BA-Vorsitzenden an die Sozialreferentin, Antwort der Sozialreferentin auf diesen Brief und Anliegen aus der Bürgerschaft vom 09.01.2024 zu dem Vorhaben

Stellungnahme vorab durch den Vorsitzenden nach § 20 Abs. 1 Satz 2 der BA-Satzung

(in der Sitzung am 11.01.2024 in einen Erörterungstermin in der KW 3 vertagt); Zwischennachricht des Sozialreferates vom 22.01.2024, dass die Beschlussvorlage nicht mehr in den Sozialausschuss am 25.01.2024, sondern in den Sozialausschuss am 22.02.2024 eingebracht werden soll

Hierzu: Antwort des Sozialreferats zur Stellungnahme vorab durch den Vorsitzenden nach § 20 Abs. 1 Satz 2 der BA-Satzung

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:

„Zum aktuellen Sachstand und weiteren Schritten und Forderungen aus Sicht des BA wird

zu diesem TOP diskutiert. Anwesend sind einige Anwohner*innen, die sich an der Aussprache beteiligen und auch Vorschläge machen.

In der UA-Sitzung Bau am 29.01. wurden bereits die baulichen / baurechtlichen Aspekte behandelt. Die **Kostenansätze** für die Sanierung können angezweifelt werden. Anscheinend soll nur notdürftig hergerichtet werden. Die Anlieferungszone wurde auch kritisiert. Die Zimmer entsprechen zwar den Standards für Unterkünfte, stellen aber für das Wohnen auf Zeit, erst recht von mobilitätseingeschränkten bzw. behinderten Personen eine besondere Belastung dar. Wir sollten deshalb eine Anhebung des Ausstattungsstandards fordern, um Betreuung, Wohnen, leichte Pflege zu ermöglichen.

Für den Eigentümer stellt sich auch die Frage, ob er wenig in den Bau investiert, aber viel Geld von der Stadt für eine längere Pachtzeit bekommt – oder ob er alternativ über Abriss und Neubau nachdenken sollte. Bekannterweise ist eine den Vorschriften entsprechende Nachrüstung und Sanierung teurer als Abriss und Neubau für soziale/gesundheitliche Zwecke oder auch Wohnzwecke.

Auch wenn die Einrichtung für sog. **Übergangswohnen** sein soll, sollte die Zeit des Aufenthalts nicht von schlechter Qualität sein – schon deshalb, weil von vornherein die Verweildauer nicht bestimmt werden kann. Bei der Bandbreite der möglichen Belegung wird es auch unterschiedliche Wohnbedarfe und Unterbringungserfordernisse geben.

Kritisiert bzw. angezweifelt wird, dass das Haus für **65 Personen** mit Handicaps/ Mobilitätseinschränkungen/sonstige gesundheitliche Einschränkungen **nicht geeignet** ist. Die aufgeworfenen Themen zeigen, dass es sich hier nicht um eine typische Unterkunftseinrichtung handelt. Es wird allerdings die Einstufung als Pflegeeinrichtung vermieden, da für eine Pflegeeinrichtung besondere bauliche und Betreuungs-Vorschriften gelten, die durch die einfache Sanierung nicht eingehalten werden können.

In der Beschlussvorlage wird aufgeführt, welches Betreuungspersonal vorgesehen wird. Es soll auch für die Verwaltung und Versorgung eine **Trägerausschreibung** erfolgen. Näheres ist dazu nicht bekannt. Grundlage für die Ausschreibung ist ein Betreiberkonzept – dies ist nicht bekannt – es soll nachgefragt werden. Sobald ein Träger und das Betreiberkonzept feststehen, sollte dies im BA vorgestellt werden.

Unklar ist, welche Personen, welche gesundheitliche Einschränkungen und Betreuungsnotwendigkeiten kommen werden. Damit ist auch unklar, welche und wie viele verschiedenen Betreuungsdienste, ggf. auf Pflegedienste, Arztbesuche usw. kommen werden. Wie soll das vor Ort koordiniert werden? Die soziale Kontrolle und Sicherheitsaspekte für die Besucherkontrolle sind zu hinterfragen.

Wie sollen die Menschen sich mit den Bedarfen des täglichen Lebens, insb. Lebensmitteln versorgen? Wird ihnen vielleicht in der Einrichtung ein Mittagstisch und Abendessen angeboten?

Wie soll eine soziale Integration, ein Miteinander in der Unterkunft organisiert werden? Was machen die Leute den ganzen Tag, wenn nicht ausreichend Aufenthaltsräume für Kommunikation usw. vorhanden sind?

Die **Nachbarschaft** ist für eine sozialverträgliche Unterbringung und für eine gute Nachbarschaft. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ist ja schon grundsätzlich dieser Standort eine schlechte Lösung. Hinzu kommt, dass es keinen Gehweg gibt für ein sicheres Fortbewegen. Je nach erforderlicher täglicher Anlieferung mit von verschiedenen Firmen und Dienstleistern wird es in den Straßen Probleme geben. Für größere LKW sind die Straßen zu eng. Es gibt auch keine ausreichenden Parkmöglichkeiten.

Der UA befindet einhellig, dass in der Zwischenzeit bis zur Beschlussfassung in der nächsten Sozialausschuss-Sitzung des Stadtrats einiges zu klären ist. Frau Achhammer wird umgehend mit dem Amt für Wohnen und Migration telefonieren, um einen Gesprächstermin für den BA zu organisieren.“

Die Behandlung von TOP 4.4.1 erfolgte zu Beginn der Sitzung zusammen mit TOP 4.5.1.7, gemäß der Abstimmung unter TOP 1.2.

Herr Kauer erläutert zu Beginn der Beratung die vom BA, nach der Videoschalte abgegebene, Vorabstimmungnahme für die anwesenden Bürgerinnen und Bürger und informiert über die Antwort des Sozialreferats zu der Vorabstimmungnahme des Bezirksausschusses. Herr Kauer verliest hierbei die folgende Information zur Belegung, aus der Antwort des Sozialreferats: „Das Sozialreferat hat in Bezug auf die Flächen, die den einzelnen Haushalten zur Verfügung gestellt werden, grundsätzlich bereits einen höheren Standard angesetzt als im Sofortunterbringungssystem üblich. Gleichwohl handelt es sich um eine Höchstgrenze, von der je nach Konzeption oder auch im Einzelfall im laufenden Betrieb abgewichen werden kann.“ Anschließend bittet Herr Kauer zunächst Frau Achhammer um den Bericht aus dem UA Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung und danach Herrn Thalmeir um den Bericht aus dem UA Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung und erklärt, die Unterschiede der beiden Anhörungen für den BA.

Frau Achhammer trägt den Bericht des UA Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung vor und erklärt hierbei, dass Sie empfiehlt, dass der BA zustimmt und Herr Thalmeir trägt den Bericht des UA Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung vor.

Herr Döll erklärt, dass es im UA Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung viele Fragen gab, die beantwortet werden müssten, um überhaupt eine Entscheidung treffen zu können und kontrovers diskutiert wurde. Herr Döll erklärt, dass er deshalb denkt, dass die Freien Wähler nicht zustimmen werden.

Herr Sebald erklärt, dass man sich keine Gedanken machen sollte, dass weniger als die 65 Plätze belegt sein werden, da das Sozialreferat auch Druck hat und Belegungsplätze benötigt.

Herr Kauer erklärt, dass heute der Bauantrag aus TOP 4.5.1.7 zur Abstimmung steht, und für TOP 4.4.1 bereits die Antwort zu der Vorabstimmungnahme des Bezirksausschusses vorliegt.

Die Stellungnahme vorab durch den Vorsitzenden nach § 20 Abs. 1 Satz 2 der BA-Satzung zu TOP 4.4.1 wird zur Kenntnis genommen.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung zu TOP 4.5.1.7 wird **einstimmig zugestimmt**.

Herr Kauer informiert die anwesenden Bürgerinnen und Bürger über die weiteren Verfahrensschritte und erklärt, dass bei der Bürgerversammlung im März über den Stand informiert wird und sich die Information der Bürger untereinander über E-Mail Verteiler gut etabliert hat.

4.4.2 **Mieterbeiratswahl 2024; Entsendung von stimmberechtigten Mitgliedern; Schreiben des Sozialreferats vom 17.01.2024; Frist: 01.03.2024**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:
„Der UA befürwortet, Frau Carolina Palminha vorzuschlagen.“

Frau Palminha erklärt, dass sie gerne im Mieterbeirat weitermachen würde.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.5 **Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung**

4.5.1 **Anhörungen des Bezirksausschusses zu Bauvorhaben im Einzelfall auf Anforderung; Zuleitungen des Referates für Stadtplanung und Bauordnung (Anhörungsfrist 1 Monat ab Eingang)**

4.5.1.1 **Schmidbauerstr. 24 - Abbruch Bestandsgebäude, Neubau von drei Wohngebäuden mit Tiefgarage - VORBESCHIED; Frist zur Stellungnahme 12.02.2024 (Anregung zur Vorstellung in einer der nächsten UA-Sitzungen aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

Brief des BA-Vorsitzenden mit der Bitte um Vorstellung des Bauvorhabens im UA
Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Gerade im Hinblick auf die laufenden Rahmenplanungen zum Ortskern Perlach sollte das Vorhaben, das massive Auswirkungen auf den nördlichen Teil des Ensembles sowie erhebliche verkehrliche Auswirkungen auf die Schmidbauerstraße, die Hofangerstraße und die Holzwiesenstraße haben wird, detailliert im UA-Bau vorgestellt werden.“

Nachdem n bis dato eine Rückmeldung des Bauherrn oder der Architekten nicht vorliegt, wird der in der Sitzung zugeschaltete BA-Vorsitzende gebeten, hier nochmals einen Kontakt zu vermitteln.“

Herr Kauer stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.
Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.
Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

- 4.5.1.2 **Frauenchiemseestr. 6 - Ensemblegerechte Instandsetzung Wohnhaus Weckwarth mit Neubau einer Garage; Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 19.01.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024 (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**
Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Gegen das geplante Bauvorhaben, die Instandsetzung eines Wohnhauses mit Neubau einer Garage, bestehen keine Einwendungen. Der UA geht dabei davon aus, dass alle Vorgaben des Denkmalschutzes bei der Instandsetzung eingehalten werden.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

- 4.5.1.3 **Wachenheimer Str. 22 - Neubau eines Wohngebäudes mit Büronutzung - VORBEREITUNG (Var. A + B); Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 22.01.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024 (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Das Objekt war bereits mehrfach Gegenstand von Erörterungen im Unterausschuss.“

Die Kubatur des Gebäudes, dessen äußere Gestaltung und auch die vorgesehenen Nutzungen passen nicht in das Gebiet, das von Bauten mit geneigten Dächern in herkömmlicher Gestaltung und Bauweise geprägt wird. Das Objekt wirkt hier Fremdkörper und fügt sich schon von der Optik her nicht in die Nachbarbebauung ein.

Die Ablehnung des Bauvorhabens wird deshalb auch weiter aufrechterhalten.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

- 4.5.1.4 **Schlechinger Weg 7 - Anbau an bestehendes Einfamilienhaus mit Einbau einer Einliegerwohnung; Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 22.01.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024 (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
*„Gegen den Anbau an das bestehende Einfamilienhaus mit Einbau einer Einliegerwohnung bestehen keine durchgreifenden Einwendungen.
Eventuelle Vorgaben des Denkmalschutzes sind zu beachten.“*

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

- 4.5.1.5 **Quiddestr. 15 - Neuordnungskonzept Lätarekirche: Anbau Kirche, Aufstockung Gemeindehaus, Abbruch Pfarrhaus und Neubau Christophours Zentrum, Aufstellen des Turms 'Fabulous Laetare'; Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 05.02.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024 beantragt**

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Das Neuordnungskonzept Lätarekirche wird durch zugeschaltete Vertreter des Planungsreferats sowie des Büros [...] vorgestellt.“

Die Änderungen werden ausführlich erläutert.

Die geplante Nutzung durch den [...] Verein wird durch die ebenfalls zugeschaltete Vertreterin vorgestellt.

Der Unterausschuss hat auch ob der geänderten Vorlage keine Einwände gegen die geplanten baulichen Maßnahmen und Nutzungen und hält an der bereits erteilten grundsätzlichen Zustimmung zu dem Projekt fest.

Im Hinblick auf die insoweit neue Idee, einen Turm unter der Bezeichnung

„Fabulous Lätare“

und dem Motto „learning from Las Vegas“ bestehen allerdings erhebliche Bedenken.

Auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass es sich hier um ein „Kunstobjekt“ handeln soll und auch wenn man, was durchaus nachvollziehbar ist, die Auffassung vertritt, dass Kirchen in der heutigen Zeit das Recht zugestanden werden muss, alle Maßnahmen zu nutzen um zu werben und Aufmerksamkeit zu erzielen, ist diese bauliche Maßnahme abzulehnen.

Das Aufstellen eines nach Art der Leuchtreklamen in Las Vegas gestalteten Turms mit Beleuchtung, gegebenenfalls sogar mit blinkenden Lichtern, die in den Nachtstunden weit hin sichtbar sein werden, ist in dem ganz überwiegend, zumeist sogar ausschließlich von Wohnnutzungen geprägten Gebiet als hoch problematisch anzusehen.

Dies insbesondere unter den Gesichtspunkten der zunehmenden Lichtverschmutzung, der Störung des Gebietscharakters und einer Beeinträchtigung der Nachtruhe durch beleuchtete werbeartige Anlagen.

Der Turm könnte zudem möglicherweise als Muster und Vorbild für weitere neonbeleuchtete, bunte Werbeanlagen dienen, was in Anbetracht des Gebietscharakters sich störend auswirken würde.

Es wird deshalb beantragt, diesen Teil der Planung abzulehnen.“

Herr Sebald fragt nach, ob bekannt ist, wie lange der Turm immer leuchten soll und ob der BA hierzu noch Informationen bekommt.

Herr Kauer antwortet, dass Informationen, wie lange der Turm leuchten soll, nicht vorliegen.

Frau Katzinger beantragt, dass über den Turm, inklusive der Beleuchtung, separat abgestimmt wird.

Herr Thalmeir erklärt, dass aus den Unterlagen nicht ersichtlich war, wie lange der Turm leuchtet. Herr Thalmeir legt dar, dass es allerdings nur Sinn macht eine Beleuchtung zu machen, wenn diese in der Nacht leuchtet. Herr Thalmeir erläutert, dass der Turm auch kritisiert wurde, weil dieser wie eine Gewerbeanlage aussieht und man keine Vorbildwirkung wünscht.

Herr Kress-del Bondio erklärt, dass der Unterausschuss den Turm in dieser Form und Höhe abgelehnt hat. Herr Thalmeir bestätigt dies.

Herr Kauer erklärt, dass der BA zuerst über die Beschlussempfehlung des Unterausschusses zum Neuordnungskonzept Lätare-Kirche abstimmt. Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses zum Neuordnungskonzept Lätare-Kirche wird **einstimmig zugestimmt**.

Herr Kauer erklärt, dass als nächstes über den Rest der Beschlussempfehlung des Unterausschusses zu dem Turm, inklusive der Beleuchtung, abgestimmt wird. Dem Rest der Beschlussempfehlung des Unterausschusses zu dem Turm, inklusive der Beleuchtung, wird **einstimmig zugestimmt**.

4.5.1.6 **Ollenhauerstr. 19 - Anbau eines Wohngebäudes mit 8 WE und Gewerbe im EG sowie Neubau eines aufgeständerten Wohngebäudes mit 12 WE - VORBESCHIED; Frist zur**

Stellungnahme bis einschließlich 05.02.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Die vorliegende Planung war in ähnlicher Form bereits mehrfach Gegenstand von Erörterungen im Unterausschuss. Der Lückenschluss zwischen Wohnring und PEP an dieser Stelle wurde dabei bisher beständig abgelehnt.

Auch die nunmehr vorgelegte Planung sieht, wie bereits alle vorangegangenen Planungen, eine komplette Schließung dieses Freibereichs durch einen mehrgeschossigen Baukörper vor.

Der Unterausschuss wendet sich, soweit der geltende B-Plan dies gestattet, nicht grundsätzlich gegen eine maßvolle Nachverdichtung des Eckbereichs des Wohnrings an dieser Stelle. Der vollständige Schluss der Baulücke durch ein neues, mehrstöckiges Gebäude wird allerdings weiterhin abgelehnt.

Der Bereich ist eine wichtige und hochfrequentierte Verbindung für Fußgänger und Radfahrer. Es darf bezweifelt werden, dass im EG hier hochwertige und attraktive Ladenflächen geschaffen werden können. Zu befürchten ist eher ein Entstehen von „dunklen Ecken“, die dann gerade in den Nachstunden, wenn das PEP geschlossen ist, zu problematischen Aufenthaltsbereichen werden könnten.

Im Übrigen müssten wegen des Bauvorhabens eine Vielzahl von großen Bäumen gefällt werden. Die dann insoweit katastrophale Baumbilanz ist nicht akzeptabel.

Das Bauvorhaben wird deshalb weiter nachdrücklich abgelehnt.“

Frau del Bondio kritisiert, dass es in diesem Fall einen Baumbestandsplan gebraucht hätte, der nicht dabei war.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird, mit einer zusätzlichen Monierung, dass kein Baumbestandsplan bei den Unterlagen dabei war, der benötigt worden wäre, **einstimmig zugestimmt.**

4.5.1.7

Beowulfstr. 4 - Nutzungsänderung zu einer Unterbringung von Wohnungslosen; Info des BA-Vorsitzenden zur Schließung des Seniorenheims sowie anonymisierte Nachbarausfertigung (Vorbescheid); Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 05.02.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024 beantragt

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Die vorgelegten Pläne zum Umbau und zur Nutzungsänderung des Objekts werden im Detail besprochen und mit den anwesenden Bürgern erörtert.

Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit der Nutzungsänderung, von einem Seniorenheim in eine Anlage zur Unterbringung von Wohnungslosen, dürfte in Anbetracht der nach wie vor vorhandenen „Wohnheimnutzung“ und als soziale Einrichtung grundsätzlich möglich sein und auch aufgrund der Charakteristik des Gebietes zulässig sein.

Erhebliche Bedenken begegnen dem Projekt allerdings im Hinblick auf die bauordnungsrechtliche Zulässigkeit.

Bauvorhaben sind grundsätzlich so zu gestalten und zu nutzen, dass sie den Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse genügen.

Im vorliegenden Fall bestehen hier wegen der dichten Belegung des Objekts erhebliche Bedenken. Statt der ursprünglichen Nutzung mit 29 Einzelzimmer als Seniorenheim sollen nunmehr 65 Bettenplätze in 44 Zimmern realisiert werden. Diese sind auf zwei Stockwerken untergebracht sind. Zusätzlich wird das Dachgeschoss mit weiteren vier Zimmern ausgebaut. Die Zimmer sind zumeist mit zwei Personen belegt und weisen eine Größe von 10 bis 15 qm auf. Größere Aufenthaltsräume und größere Bereiche, die für Freizeit und zum Essen, Treffen und Verweilen genutzt werden könnten, sind nicht vorhanden.

Die Dichte der Belegung und die Einrichtung entspricht unter Berücksichtigung der Wohnheimnutzung nach Meinung des Unterausschusses weder den Anforderungen an gesunde

Wohn- und Arbeitsverhältnisse noch den Anforderungen an eine menschenwürdige, gut betreute und sozial verantwortungsvolle Unterkunftsanlage.

Hinzu kommt, dass eine teilweise Belegung mit pflegebedürftigen Personen vorgesehen ist. Etwa die Hälfte der Bewohner werden pflegebedürftig sein. Die Pflege soll dabei durch einen ambulanten Pflegedienst erfolgen.

Die Zufahrt in das reine Wohngebiet kann nur über die Midgardstraße und Beowulfstraße erfolgen. Beides sind kleine Erschließungsstraßen eines reinen Wohngebietes.

Die zu erwartende hochfrequente Anfahrt durch die PKWs ambulanter Pflegedienste, zu meist mehrfach am Tag und zu unterschiedlichen Zeiten bis in die Nachtstunden, bedeutet eine nicht zu unterschätzende Verkehrsbelastung in den Zufahrtstraßen. Ausreichende Halt- und Parkmöglichkeiten vor dem Anwesen sind ebenfalls nicht vorhanden.

Die Versorgung von 65 Personen wird die Anlieferung von Lebensmitteln mit größeren Lieferwagen, die An- und Abfahrt von Krankenwagen sowie den Transport von Wäsche und Versorgungsmaterial, teilweise mit kleineren LKWs erforderlich machen. Eine LKW-Anfahrt ist bereits räumlich schwierig, Parkplätze für LKWs und Kranktransportfahrzeuge sind gar nicht vorhanden.

Im übrigen ist die fußläufige Erschließung des Gebäudes hochproblematisch, da es vor dem Haus keinen ausgebauten Gehweg gibt, sondern nur ein unbefestigtes Bankett. Die Bewohner, die möglicherweise auf Rollatoren, Gehhilfen oder sogar Rollstühle angewiesen sind, werden das Haus nur unter großer Mühe oder gar nicht verlassen können. Hier wären dringend zusätzliche Erschließungsmaßnahmen erforderlich.

Der Zustand des Gebäudes und die geschätzten Kosten für eine Sanierung wurden insbesondere auch von den anwesenden Bürgern, unter denen sich auch [...] befand, in Zweifel gezogen. Nach den Berichten der Kenntnis der Anwohner seien sowohl das Dach komplett zu sanieren und auch umfangreiche Abdichtungs- und Sanierungsmaßnahmen bis hin zu einer kompletten brandschutzmäßigen Ertüchtigung notwendig. Die bisher im Bereich des Dachs angesetzten Kosten können allenfalls eine punktuelle Abdichtung abdecken, was bei einer prospektierten Nutzungsdauer von mehr als 20 Jahren wohl nicht ausreichend sein dürfte. Gleiches gilt für den Brandschutz, insbesondere im Hinblick auf die geplante Verdoppelung der Anzahl der unterzubringenden Personen.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Diskussion und der Prüfung der vorgelegten Pläne wird folgende Stellungnahme zu dem Antrag auf Nutzungsänderung empfohlen:

1. Vor Abschluss eines Mietvertrages ist zwingend eine externe und neutrale sachverständige Prüfung des baulichen Zustandes verbunden mit einer Ermittlung der notwendigen Sanierungs- und Renovierungsarbeiten einzuholen.

2. Gerade im Hinblick auf den wichtigen Brandschutz bei einer nahezu doppelt so dichten Belegung des Objekts wird dringend gefordert, die notwendigen Maßnahmen für den vorbeugenden Brandschutz durch einen externen, neutralen Prüfsachverständigen für Brandschutz, der von der Landeshauptstadt München zu beauftragen ist, prüfen zu lassen.

3. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob die angegebenen baulichen Maßnahmen für die Herstellung des Brandschutzes und eine ordnungsgemäße Sanierung des Objekts in Anbetracht der geplanten längerfristigen Nutzung ausreichend sind. Es wird gebeten, die entsprechenden Kostenansätze im Rahmen der sachverständigen Beurteilung des Bautenzustandes zu prüfen.

4. Die Belegungsanzahl und die Räumlichkeiten (auch in Bezug auf Größe, Zuschnitt und Ausstattung) sind in Anbetracht der Anforderungen an gesunde und menschenwürdige Wohn-, Unterbringungs- und Arbeitsverhältnisses nochmals einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Bei allem Verständnis für die Notlage des Sozialreferats ist hier dennoch das notwendige Mindestmaß im Hinblick auf Unterbringung, Versorgung, Pflege und Betreuung einzuhalten.

5. Hinsichtlich der verkehrlichen Erschließung ist zu prüfen, ob eine problemlose Anfahrt von Krankenwagen, Versorgungsfahrzeugen und die regelmäßige und häufige Anfahrt des ambulanten Pflegedienstes, vermutlich mehrmals am Tag, ungehindert und störungsfrei möglich ist.

Weiterhin ist zu prüfen, ob Parkplätze für diese Fahrzeuge in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Ein ordentlicher Ausbau des vor dem Anwesen gelegenen Gehweges, der rollstuhl- und rollatorgerecht anzulegen ist, muss in jedem Falle sichergestellt sein.

6. Die Anforderungen an gesunde und menschenwürdige Wohn-, Unterbringungs- und Arbeitsverhältnisse bedingen bei einer derartigen Einrichtung, bei der ca. 50 % der Bewohner pflegebedürftig sein werden, nicht nur einen komplett barrierefreien Ausbau, sondern auch eine ganz besonders aufwendige Ertüchtigung des Brandschutzes, um eine sichere Unterbringung zu gewährleisten.“

Die Behandlung von TOP 4.5.1.7 erfolgte zu Beginn der Sitzung zusammen mit TOP 4.4.1, gemäß der Abstimmung unter TOP 1.2.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wurde, bei der Behandlung zusammen mit TOP 4.4.1 zu Beginn der Sitzung, **einstimmig zugestimmt**.

4.5.1.8 **Leinbergerstr. 2 - Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 21 WE und einer Tiefgarage; Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 09.02.2024**

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Geplant ist die Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit insgesamt drei Stockwerken inmitten einer gewachsenen und homogenen Reihenhaussiedlung.“

Das Bauvorhaben passt bereits von seiner äußeren Gestaltung nicht in den vorhandenen nachbarschaftlichen Siedlungsbereich.
Eine Beschränkung auf E+1+DG sowie die Ausführung eines geneigten Daches erscheint im vorliegenden Falle zwingend.

Soweit die Garagen und Stellplätze, die an die umliegenden Reihenhäuser vermietet oder diesen in sonstiger Weise zugeordnet sind, entfernt werden sollen, ist detailliert zu prüfen, ob hier möglicherweise nicht eine gesicherte Nutzung dieser Stellplätze durch die Eigentümer der umgebenden Reihenhausanlage vorliegt. In jedem Falle muss sichergestellt sein, dass die notwendigen Stellplätze für das gesamte Gebiet erhalten bleiben.

Das Bauvorhaben wird in der jetzigen Planung abgelehnt.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.5.1.9 **Ulrich-von-Hutten-Str. 24 - Erweiterung des Bestandsgebäudes und Neubau des Dachstuhls mit 4 Wohneinheiten; Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 12.02.2024**

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Gegen das Bauvorhaben bestehen keine durchgreifenden Einwendungen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.5.1.10 **Echardinger Str. 107 - Neubau eines Wohnensembles - VORBESCHIED; Frist zur Stellungnahme bis einschließlich 16.02.2024**

Bericht aus dem Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung:
„Der Neubau sollte sich wegen der Nähe zu der durch eine Rahmenplanung geschützten Heimstättensiedlung auf den vorhandenen Bestand beschränken. Auf eine Tiefgarage ist in Anbetracht der dadurch verursachten Versiegelung zu verzichten und oberirdische Stellplätze anzulegen.“

Soweit eine Tiefgarage ausgeführt wird, ist jedenfalls auf eine Überdeckung der Tiefgarage mit Humus von mindestens 1 m zu achten, damit eine sinnvolle Bepflanzung des Bereichs oberhalb der Tiefgarage möglich wird.

Nur die Variante 3 (Zweifamilienhaus und keine Grenzbebauung) aus dem Vorbescheid

kann akzeptiert werden. Alle anderen Varianten sind abzulehnen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.5.2 Weitere Anhörungen

-/-

4.6 Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen

4.6.1 Veranstaltungen in städtischen Grünanlagen

Zuleitungen des Kreisverwaltungsreferats mit der Bitte um Stellungnahme

4.6.1.1 Veranstaltung in einer städtischen Grünanlage;

Hier: Am Graben (bei Strehleranger 16), Zirkus Roberto - Kindermitmachzirkus am 21.04. - 27.04.2024

Frist zur Stellungnahme bis zum 23.02.2024

Bericht aus dem Unterausschuss Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen:

„Der UA empfiehlt einstimmig die Zustimmung zur Veranstaltung unter der Maßgabe, dass das Gartenbaureferat keine Einwände hat und der Bolzplatz im Anschluss ohne zusätzlicher Aufbereitungsmaßnahmen genutzt werden kann.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.6.2 Veranstaltungen auf öffentlichem Verkehrsgrund

Zuleitungen des Kreisverwaltungsreferats mit der Bitte um Stellungnahme

-/-

4.6.2.1 Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO und in einer Grünanlage; Hier: Faschingstreiben auf dem Pfanzeltplatz am 11.02.2024

Frist zur Stellungnahme bis zum 07.02.2024; Fristverlängerung bis einschließlich 09.02.2024, 10:00 Uhr

Herr Kauer schlägt die Zustimmung zu der Veranstaltung vor.

Dem wird **einstimmig zugestimmt**.

4.6.3 Anhörungen zu Änderungen der Geschäftsordnung oder Satzung der Bezirksausschüsse

4.6.3.1 MVG-Zeitkarten für Bezirksausschussmitglieder

Anhörung zum BA-Antrag mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 15.02.2024

BA-Antrag Nr. 20-26 / B 03393

Bericht aus dem Unterausschuss Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen:

„Zum Schreiben des Direktoriums vom 04.01.2024 wird folgende Stellungnahme empfohlen:

Die Argumentation des Direktoriums vermag nicht zu überzeugen. Die Forderung, den Bezirksausschussmitgliedern zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf Wunsch eine personalisierte MVG-Isar-Card zu gewähren, wird aufrechterhalten.

Begründung:

*Beantragt wurde kein Pauschalpaket, sondern eine zusätzliche Leistung **auf Wunsch**. Insofern ist die Annahme falsch, dass dies automatisch für alle Münchner Bezirksausschussmitglieder gelten sollte und entsprechende Kosten verursachen würde. Ebenso denkbar wäre es, eine Rabattierung (Vorbild Jobticket) anzubieten oder eine anteilige Anrechnung auf die Aufwandsentschädigung. Derlei Modelle wurden offenbar gar nicht in Erwägung gezogen.*

*Die im Schreiben des Direktoriums vom 04.01.2024 formulierte Ablehnung wird dem Anliegen nicht gerecht. Mandatsträgern anderer Ebenen werden Vergünstigungen für dienstlich bedingte Fahrten regelmäßig **zusätzlich** zur Aufwandsentschädigung gewährt.*

Warum soll dies bei Bezirksausschussmitgliedern anders sein?

Es ist auch eine Fehlannahme, dass im vertretenen Stadtbezirk alles ohne ÖPNV zu erreichen wäre - wer das nicht glaubt, dem sei ein Winterspaziergang von der St.-Martin-Str. zur Straße Am Hain empfohlen. Ebenso zeugt es von wenig Praxiserfahrung anzunehmen, dass vorrangig (stellvertretende) BA-Vorsitzende, Fraktionssprecher oder UA-Vorsitzende Termine in Referaten wahrnehmen - das widerspricht schon der Erwartung, die durch die bestehende Deckelung der Aufwandsentschädigung zum Ausdruck kommt.

Der Vergleich mit der Ehrenamtskarte führt ebenfalls in die falsche Richtung, denn diese gilt bayernweit und soll eine Anerkennung **für** das geleistete Ehrenamt darstellen. Im beantragten Fall geht es um eine Maßnahme **zur** Ausübung des Ehrenamts.

Schließlich zum Argument der Haushaltssituation, die ohne Zweifel schwierig ist. Allerdings war Medienberichten zu entnehmen, dass alle städtischen Angestellten das Deutschlandticket kostenfrei von der LHM erhalten sollen. Das ist grundsätzlich nachvollziehbar, da die Personalgewinnung immer schwieriger wird und Anreize hierbei helfen können. Allerdings gilt dies für die Nachwuchsgewinnung für kommunale Ehrenämter in gleichem Maße. Aus den vorgenannten Gründen und mit dem breiten Meinungsbild aus den Stellungnahmen der Bezirksausschüsse sollte die Befassung der Satzungskommission erfolgen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

4.6.4 Weitere Anhörungen

-/-

4.7 Sonstige

-/-

5 Berichte

5.1 Berichte der Beauftragten des BA 16

5.1.1 Baumschutz

5.1.1.1 Fällungsanträge

5.1.1.1.1 Echardinger Str. 115

Herr Enrico Büttner berichtet wie folgt:

„Echardinger Str. 115

Keine Zustimmung, m.E. reicht ein Rückschnitt da der Eigentümer lediglich die Äste auf dem Dach beklagte“

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.2 Grünstadter Pl. 17

Herr Enrico Büttner berichtet wie folgt:

„Grünstädter Platz 17

Baum Nr. 1 Zustimmung

Baum Nr. 2 keine Zustimmung“

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.3 Echardinger Str. 107

Herr Enrico Büttner berichtet wie folgt:

„Echardinger Str. 107

Zum Haus wachsender gebrochener Ast entfernen, zufällig angetroffene Mieter des Hauses äußerten sich gestern wegen der fallenden Zapfen das diese stören, keine Zustimmung zur Fällung“

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.4 **Lehenweg 26**

Herr Frieder Büttner berichtet wie folgt:

*„Lehenweg 26
Keine Zustimmung“*

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.5 **Am Hain 15**

Herr Josef Sebald berichtet wie folgt:

„Fällantrag einer Kiefer; die Kiefer ist durch Schneelast schwer geschädigt. Sofern sie durch einen erheblich Schnitt nicht mehr zu retten ist, wird einer Fällung zugestimmt. Eine EP ist vorzunehmen“

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.6 **Friedrich-Engels-Bogen 32**

Herr Frieder Büttner berichtet wie folgt:

*„Friedrich Engels Bogen 32
Zustimmung“*

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.7 **Otto-Hahn-Ring 6**

Herr Frieder Büttner berichtet wie folgt:

*„Otto Hahn Ring 6
Keine Zustimmung“*

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.8 **Dr.-Walther-von-Miller-Str. 48**

Herr Frieder Büttner berichtet wie folgt:

*„Dr. Walther von Miller Str. 48
Zustimmung“*

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.9 **Dornröschenstr. 11**

Herr Josef Sebald berichtet wie folgt:

„Fällantrag einer Weide; die Weide wurde wegen Gefahr im Verzug bereits gefällt. Vor Ort konnte ich mich überzeugen, dass das Innere des Stammes sehr morsch war. Eine EP ist vorzunehmen“

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en

bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.1.10 **Curd-Jürgens-Str. 2**

Herr Frieder Büttner berichtet wie folgt:

„Curd-Jürgens Str. 2
Zustimmung“

Der Beschlussempfehlung des Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.2 **Baumbestandspläne**

5.1.1.2.1 **Quiddestr. 15 - Neuordnungskonzept Lätarekirche: Anbau Kirche, Aufstockung Gemeindehaus, Abbruch Pfarrhaus und Neubau Christophours Zentrum, Aufstellen des Turms 'Fabulous Laetare'**

Frau del Bondio berichtet wie folgt:

„Quiddestr. 15
1 Waldkiefer, 1 Hängebirke, 2 Robinien, zustimmen“

Der Beschlussempfehlung der Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.2.2 **Beowulfstr. 4 - Nutzungsänderung zu einer Unterbringung von Wohnungslosen**

Frau del Bondio berichtet wie folgt:

„Beowulfstr. 4
1 Flieder, 2 nicht pflichtige Bäume, zustimmen entsprechend dem Beschluss UA Bau“

Der Beschlussempfehlung der Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.2.3 **Leinbergerstr. 2 - Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 21 WE und einer Tiefgarage**

Frau del Bondio berichtet wie folgt:

„Leinbergerstr. 2
1 Bergkiefer, ablehnen, s. UA Bau“

Der Beschlussempfehlung der Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.2.4 **Ulrich-von-Hutten-Str. 24 - Erweiterung des Bestandsgebäudes und Neubau des Dachstuhls mit 4 Wohneinheiten**

Frau del Bondio berichtet wie folgt:

„Ulrich-von-Hutten-Str. 24
1 Kiefer, zustimmen“

Der Beschlussempfehlung der Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

5.1.1.2.5 **Echardinger Str. 107 - Neubau eines Wohnensembles – VORBESCHIED**

Frau del Bondio berichtet wie folgt:

„Echardinger Straße 107
Keine Fällungen vorgesehen“

Der Beschlussempfehlung der Baumschutzbeauftragten wurde, mit der Zustimmung en bloc zu den über das RIS-Extranet zur Verfügung gestellten Berichten der Baumschutzbeauftragten, **einstimmig zugestimmt**.

- 5.1.2 **Kinder**
-/-
- 5.1.3 **Jugend**
-/-
- 5.1.4 **Seniorinnen und Senioren**
-/-
- 5.1.5 **Gleichstellung**
-/-
- 5.1.6 **Unterkunftsanlagen und Wohnen**
-/-
- 5.1.7 **Menschen mit Behinderung**
-/-
- 5.1.8 **Integration**
-/-
- 5.1.9 **Gegen Rechtsextremismus**
-/-
- 5.1.10 **Internet**
-/-

5.1.11 Handlungsraummanagement und NEBourhoods

Herr Döll berichtet vom NEBourhoods Projekt, bei dem er gestern Abend mit Herrn Nüßle war. Herr Döll erklärt, dass am 09.06.2024 die Europawahl stattfindet und hierfür eine Veranstaltung durchgeführt werden soll, da man bei der Wahl ab 16 Jahren wählen darf. Herr Döll berichtet, dass es außerdem einen Vortrag der TU München dazu gab, welche Möglichkeiten es gibt, um das Stadtklima von Neuperlach abzukühlen. Es wurde herausgefunden, dass es in den 70er Jahren 30 Brunnen gab, von denen bis auf vier Brunnen alle stillgelegt wurden. Diese Brunnen können aufgrund der alten Technik leider nicht reaktiviert werden. Es gab zusätzlich Überlegungen zu neuen Trinkwasserbrunnen. Hierbei wurde ein Trinkwasserbrunnen vorgeschlagen, der den ganzen Tag durchlaufen soll, wodurch sehr viel Wasser verbraucht werden würde. Hiergegen hat Herr Döll, aufgrund des sehr hohen Wasserverbrauchs, Einspruch eingelegt und darum gebeten ein anderes Konzept zu entwickeln. Herr Döll fasst zusammen, dass es eine ganz nützliche und tolle Diskussion war, bei der er mitgegeben hat, den Klimawandel noch mehr in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Frau Rashid erkundigt sich, ob der Brunnen wirklich durchlaufen sollte. Herr Döll informiert, dass bei dem Trinkwasserbrunnen, nach dem Konzept für diesen, das Wasser den ganzen Tag über durchlaufen sollte, damit die Technik, für die Form des Brunnens, möglichst klein gehalten werden kann. Herr Döll erklärt, dass er hierzu darauf hingewiesen hat, dass der Trinkwasserbrunnen, im Sinne des Klimawandels, anders gestaltet werden muss.

Herr Kress-del Bondio erkundigt sich, wer die Veranstaltung zur Europawahl durchführt. Herr Döll erklärt, dass die Veranstaltung von NEBourhoods veranstaltet wird.

Herr Thalmeir erläutert die Vorzüge von Brunnen und plädiert dafür, für die Brunnen weiter pragmatisch vorzugehen. Herr Thalmeir kritisiert hierzu, dass die vorgesehenen Brunnen am Hanns-Seidel-Platz nicht gebaut wurden und auch im Zwischennutzungskonzept nicht vorgesehen sind.

Herr Nüßle erklärt, dass in den nächsten Tagen ein Treffen der Jugendeinrichtungen im Stadtbezirk stattfindet bei dem NEBourhoods die Idee zu der Veranstaltung zur Europawahl vorträgt.

Frau Rashid bittet darum, dass der BA sich aktiv an der Veranstaltung beteiligt.
Herr Döll erklärt, dass er über die weiteren Entwicklungen, rund um die Veranstaltung von NEBourhoods zur Europawahl, im BA berichten wird.

5.2 Berichte aus den Unterausschüssen

5.2.1 Mobilität

Herr Höcherl berichtet über den Runden Tisch zur Verkehrssituation bei der französischen Schule. Herr Höcherl erklärt, dass es von beiden Seiten Interesse daran gab die Situation zu entzerren.

Herr Kauer erklärt, dass der schriftliche Bericht von Herrn Höcherl auf die nächste Tagesordnung aufgenommen wird und dann darüber Beschluss gefasst wird.

5.2.2 Kultur und Stadtbezirksbudget

-/-

5.2.3 Umwelt, Gesundheit und Grünplanung

5.2.3.1 Protokoll vom 24.01.2024, Ortstermin Rosenheimer Straße / Riesige Rosi – Toilettenanlagen

Bericht vom Ortstermin bei der Riesigen Rosi aus dem Bericht des UA Mobilität:
„Es waren verschiedene Unterausschussmitglieder beim Ortstermin. Frau Burkhardt führte aus, dass zwei Fahrradständer vorgesehen sind und zwar an beiden Enden des Tunnels, also östlich am Ausgang „Alter Wirt“ und westlich bei der Bushaltestelle Ramersdorf am Wilram Park.

Gleichzeitig wurde von den Mitgliedern des Unterausschuss UGG ein Standort für die neue Toilettenanlage gesucht, diese aber in den Wilram-Park nahe der Frauenchiemseestraße beim Spielplatz festgelegt. Der Unterausschussvorsitzende UGG wird berichten.“

Bericht durch Sepp Sebald vom Ortstermin zur Toilettenanlage im Wilrampark v. 24.01.2024 aus dem Bericht des UA Umwelt, Gesundheit und Grünplanung:
„Neben dem Besichtigen zu möglichen Fahrradabstellplätzen bei der "Riesigen Rosi" (Kletterwand in der Unterführung an der Rosenheimer Str./Trambahnhäusl) wurden auch die vom BA vorgeschlagenen Plätze einer WC-Anlage begutachtet. Herr [...], BauR, Gartenbau, konnte die Vorschläge aus verschiedenen fehlenden technischen Voraussetzungen leider nicht befürworten. Insbesondere das Fehlen eines nahen Zugangs zum Kanal und ein fester Untergrund waren die Hauptursachen. Es wurde nun, auch unter allgemeiner Zustimmung der anwesenden BA-Mitglieder (vgl. Anwesenheitsliste die Hr. Nüssle gefertigt hat), ein Standort im Wilrampark favorisiert. Der Standort liegt zwischen einer Baumgruppe an der Wilramstrasse und dem Bouleplatz. Auf der anderen Seite des Weges liegt der Unterstand neben dem Spielplatz. Der Platz des Unterstandes wurde von Hr. [...] favorisiert (weil schon versiegelt und nahe am Spielplatz). Die anwesenden BA-Mitglieder haben sich dagegen ausgesprochen, weil der Unterstand intensiv von Jugendlichen genutzt wird.

Der oben beschriebene Ort hat den Vorteil, dass er sehr nahe an der Wilramstr. liegt (nur getrennt von einem Streifen aus Bäumen und Sträuchern und dem Gehweg an der Straße). Unter der Wilramstraße verläuft lt. Angabe von Hr. [...] der Kanal. Es muss, wenn überhaupt, nur sehr wenig an Bäumen/Sträuchern für die Errichtung geopfert werden. Frau [...] (Gartenbau) stimmt dem zu. Die Zufahrt kann über die Hohenaschauer Str erfolgen.

Aus meinem Gedächtnis (also keine Gewähr) nahmen an dem OT folgende BA-Mitglieder teil: Anja Burkhardt, Ulrike Grimm, Astrid Schweizer, Werner Nüssle und Sepp Sebald

Zeitspanne 2025/26 bis die Toilettenanlage fertig ist.

Keine Nachfragen“

Herr Sebald erklärt, dass darauf hingewiesen werden soll, dass der BA nochmals einen genauen Plan zu dem neuen Standort haben möchte.

Herr Kauer erklärt, dass er dankbar wäre, wenn man vom Baureferat eine Aussage erhält, ob der Standort nun möglich ist.

Herr Nüßle erklärt, dass der Standort beim Ortstermin begrüßt wurde, da dieser sich in der Nähe des Spielplatzes befindet.

Herr Kauer erklärt, dass er den im Ortstermin festgelegten Standort gerne nochmals schwarz auf weiß bekommen würde.

Frau Schweizer und Frau Burkhardt erläutern die Standortsuche beim Ortstermin.

Herr Kauer schlägt vor, dass man sich den Standort nochmal im Detail geben lässt. Dem wird **einstimmig zugestimmt**.

5.2.4 Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung

5.2.4.1 Ergebnis-Protokoll des Sportvereinstreffens am 17.01.2024

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:
„Das Protokoll des Sportvereinstreffens ist den UA-Mitgliedern zugesandt worden. Für die BA-Sitzung werden folgende Punkte für die Beschlussfassung vorgeschlagen:

- Vereinsheim Bert-Brecht-Allee

Der BA 16 spricht sich dafür aus, dass in die Planung der Aufenthaltsräume im Erdgeschoss ein für BA-Versammlungen und anderen größeren Sitzungen ein großer und kompakter Raum zu berücksichtigen ist. Zwischenwände im EG sind dafür statisch zu überprüfen und soweit möglich zu entfernen.

- Eislaufstadion am Ostpark

Der BA 16 spricht sich dafür aus, dass die Eislaufbahn für die Wintersportvereine zwingend zu erhalten ist. Das Sanierungskonzept hat dies zu berücksichtigen. Damit kann sichergestellt werden, dass weiterhin entsprechende Wettkampftrainings und -wettbewerbe stattfinden können.

- DJK Fasangarten

Das RBS sowie die Lokalbaukommission werden aufgefordert, den Verein aktiv bei seinen Baugenehmigungsmaßnahmen, insb. Schutzangenehmigung, zu unterstützen. Der Verein erfüllt für die Münchner Bevölkerung einen wertvollen Beitrag für die Daseinsvorsorge und ist deshalb entsprechend zu unterstützen.

- Schützenvereine in der Anzingerstraße 2

Das Parkraumkonzept für den Bereich um die Anzinger Straße / Rosenheimer Str. sieht vor, dass Parken nur noch 2 Stunden erlaubt ist. Hier wurde nicht berücksichtigt, dass für die Sportausübung die Aufenthaltsdauer in der Schießanlage mindestens 3 – 4 Stunden erforderlich sind. Zum einen bestehen nicht ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten für die Waffen, zum anderen kommen auch andere Vereine mit ihren Waffen, um hier an Schießwettbewerben u.a. teilzunehmen. Sie müssen mit dem PKW kommen, da die Waffen nicht im ÖPNV transportiert werden dürfen.

Antrag: Für den Bereich um die Anzinger Straße / Rosenheimer Str. wird keine Parkzeitbegrenzung für die Zeiten der Ausübung des Schießsports angeordnet. Das Mobilitätsreferat wird aufgefordert, eine entsprechende Parkzeitenlösung herbeizuführen.“

Herr Nüßle erklärt, dass die in der Petition zum Eislaufstadion erwähnte Nachverdichtung Unsinn ist, da auf dieser Sportfläche nicht gebaut werden kann.

Herr Damaschke erläutert den Abschnitt zum Eislaufsport aus der Beschlussvorlage zum Sportbauprogramm und erklärt, dass es gut wäre, wenn man mit den betroffenen Eissportvereinen mehr reden würde.

Frau Katzinger plädiert für den Erhalt der Eislaufbahn.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses zum Eislaufstadion am Ostpark wird **einstimmig zugestimmt**.

Die Beschlussempfehlung des Unterausschusses zum Vereinsheim Bert-Brecht-Allee wurde mit dem Antrag aus TOP 3.5.2 bereits erledigt.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses zum DJK Fasangarten wird **einstimmig zugestimmt**.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses für die Schützenvereine in der Anzingerstraße 2 wird **einstimmig zugestimmt**.

Frau Achhammer berichtet, dass die Gespräche zum Armutsbericht weitergehen und Anfang Juni die Themen weiter besprochen werden. Man hat beschlossen sich auf das Thema der Jugendarmut, das etwas weniger Beachtung erfahren hat, zu konzentrieren.

Herr Sebald erklärt hierzu, dass der Termin im Juni am Referat liegt, dass unterbesetzt ist, und es sein kann, dass noch weitere Themen belichtet werden.

5.2.5 Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung

5.2.6 Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen

6 Antworten der Verwaltung auf Anträge und Anfragen

6.1 Mobilität

6.1.1 Beschwerde Wilramstraße - Verbotswidrigem Parken von LKWs und Bussen in reinen Wohngebieten BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05999

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.1.2 Pfälzer-Wald-Straße / Bad-Dürkheimer-Straße - Errichtung von Z. 283 StVO (Unfallkommission); Mitteilung des MOR vom 19.12.2023

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.1.3 Schulwegsicherheit Kreuzung Balanstraße / Chiemgaustraße; Antwortschreiben des MOR

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.1.4 Dialog-Displays im 16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach Bestellung einer städtischen Leistung; Zwischennachricht des Baureferats vom 08.01.2024

BA-Antrag Nr. 20-26 / B 06065

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.2 Kultur und Stadtbezirksbudget

6.2.1 Forderung einer detaillierten Abrechnungsaufschlüsselung auf den Verwendungsnachweisen für den Bezirksausschuss BA-Antrag Nr. 20-26 / B 03208

Herr Bohlig erklärt, dass bei den neuen Verwendungsnachweisen auf der Tagesordnung keine einzige detaillierte Abrechnungsaufschlüsselung dabei war.

Herr Kauer schlägt vor, dass Herr Bohlig hierzu der zuständigen Sachbearbeiterin schreibt und ihn in Kopie nimmt.

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben so zur Kenntnis.

6.3 Umwelt, Gesundheit und Grünplanung

6.3.1 **Aufstellung eines weiteren Spielgerätes auf dem Spielplatz Ayinger-/Rupertigaustraße (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05855

Protokoll zum Ortstermin vom 01.02.2024 von 14.30 bis 15.15 Uhr

Bericht aus dem Unterausschuss Umwelt, Gesundheit und Grünplanung:

„Der TOP wird verschoben, bzw. in der VV entschieden, weil erst am 01.02.2024, um 14:30 Uhr dazu der OT stattfindet. Das Protokoll dazu wird noch vor der VV versandt.“

Bericht zu dem Ortstermin vom 01.02.2024:

„Es wurde die Situation besprochen, dass (vgl. Foto des Antrags) auf der Freifläche neben den Spielgeräten oft Ball gespielt wird und die Bälle dann auch an der Hausmauer bzw. an den jeweiligen Fenstern landen. Das Bestreben der Antragstellerinnen ist in erster Linie die ballspielenden Kinder dahingehend zu bewegen die Freifläche im Süden des Spielplatzes zu bewegen. Dann wäre der Konflikt mit den unkontrollierten Bällen im Großen und Ganzen gelöst. Einige Eltern möchten allerdings die Kinder näher „beobachten“ und sprechen sich gegen diese Lösung aus. Es handelt sich geschätzt um eine Entfernung von 20 m.

Ob ein Spielgerät auf der jetzt benutzten Ballspielfläche die Lösung bringt, wurde unterschiedlich eingeschätzt. Außerdem würde auch der Wunsch der Eltern nicht beachtet werden. Von Seiten des Gartenbaus wurde auch auf die Notwendigkeit von Freiflächen hingewiesen.

Einig war man sich, dass der Spielplatz durchaus ein weiteres Spielgerät (am liebsten wäre uns ein Spielgerät zur Förderung des Gleichgewichts, also etwas zum Balancieren oder etwas ähnliches) gut vertragen kann, weil der Spielplatz sehr ausgelastet ist. Frau Palmilha konnte hier praktische Erfahrungen einfließen lassen.

Vor der Entscheidung wo am besten das zusätzliche Spielgerät zu platzieren ist, sind noch einige Fragen zu klären:

- *Die Frage des Urheberrechts (wer hat den Spielplatz kreiert und was kann überhaupt verändert werden). Klärung durch Gartenbau*
- *Die Frage der Finanzierung (der Gartenbau hat notorisch kaum Geld; vorausschauend wird daran gedacht, Mittel für 2025 zu beantragen). Klärung durch Gartenbau, evtl. i. V. mit BA*
- *Wäre es nicht sinnvoll, Steeg mit einzubeziehen um eine gemeinsame Lösung mit den betroffenen Eltern bzw. Anwohner/innen zu finden (im Hinblick, dass die Verlagerung des Ballspiels an die Südseite des Spielplatzes wohl die effizienteste Lösung wäre). Klärung durch Anfrage des BA an Steeg*
- *Pflanzen von einigen Sträuchern zwischen dem jetzt benutzen Ballspielplatz und der Hauswand/Gehweg (wurde vom Gartenbau schon zugesagt)“*

Herr Kauer fragt nach, wer STeG ist. Herr Höcherl erklärt, dass STeG die städtische Stelle für Nachbarschaftskonflikte und das Pendant zu AKIM ist.

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses und aus dem Bericht des Ortstermins wird **einstimmig zugestimmt**.

6.3.2 **Mehrere Parkbänke im Lorenz-Hagen-Weg und im Krehlebogen, im Verlauf des Hachinger Baches, aufstellen (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05997

Bericht aus dem Unterausschuss Umwelt, Gesundheit und Grünplanung:

„Das Schreiben des BauR vom 8.11.2023 wird zur Kenntnis genommen. Die Standorte für die Bänke werden im Rahmen eine OT vorgeschlagen.

Sepp Sebald und Erhard Reinfrank sehen sich in dem betreffenden Gebiet am 7.2.2024 um und machen einen entsprechenden Vorschlag“

Bericht zu dem Ortstermin für den Vorschlag von zwei Standorten zum Aufstellen jeweils einer Parkbank mit Abfalleimer:

„Erhard Reinfrank und Sepp Sebald besichtigten den Bereich und machen auf Wunsch des

Gartenbau zwei konkrete Vorschläge zum Aufstellen von zwei Parkbänken:

Der eine Vorschlag ist mittig in der Bischof-Ketteler-Str. (zwischen Holzwiesenstr. und Lorenz-Hagen-Weg). Der Gartenbau möge selbst entscheiden ob die Bank mit Abfalleimer besser rechts oder links am Wegrand aufgestellt werden soll.

Der zweite Vorschlag für eine Bank mit Abfalleimer zwischen Krehlebogen und Na-wiaskystr. ist der Bereich links neben dem Eingang zur Bezirkssportanlage (vgl. Foto).“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses und aus dem Bericht des Ortstermins wird **einstimmig zugestimmt**.

6.3.3 **Straßen- und Wegereinigung / Krähenplage vor den Wohngebäuden Höhe Gustav-Heinemann-Ring 129 / Maximilian-Kolbe-Allee
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 06197**

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.3.4 **Eingezäunte Grünfläche am Spielplatz Adam-Berg-Straße; Antwort des Baureferats-Gartenbau vom 28.12.2023 zu einer Bürgeranfrage**

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.3.5 **Erfassung und Überwachung von Ausgleichsflächen
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 04435**

Herr Sebald stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.

Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.

Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

6.3.6 **Trinkwasserbrunnen in Ramersdorf-Perlach aufstellen
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05848**

Herr Sebald stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.

Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.

Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

6.4 Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung

6.4.1 **Mögliche Nutzung der Sporthalle des KODOKAN München e. V. in der Quiddestr. 121 für den Schulsport prüfen
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05854**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:

„Empfehlung: z.K.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

6.4.2 **Forderungen des Bezirksausschusses des 16. Stadtbezirkes Ramersdorf-Perlach zum Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 21.12.2022 für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Sozialbürgerhaus, Bürgerbüro, Kulturzentrum, MVHS, Stadtteilbibliothek, Familien- und Beratungszentrum mit Ersatzbetreuung für die Kindertagespflege und Nachbarschaftstreff am Hanns-Seidel-Platz
Rückmeldung des Sozialreferats und Anfrage des Kommunalreferats für 2-3 Terminvorschläge für den Gesprächstermin
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05097**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:

„Frau Achhammer wird nach dem Urlaub der zuständigen Sachbearbeiterin umgehend einen Termin koordinieren.“

Sachverhalt:

Klar ist auch, dass wir in der aufgezeigten Breite der Fragestellungen des BA-Beschlusses nicht nur mit dem Kommunalreferat sprechen sollten, sondern die Fachreferate zu beteiligen sind. Das Antwortschreiben des Sozialreferats ist nicht akzeptabel, da es die Bedarfe

der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ignoriert. Die vorhandenen Kinder- und Jugendeinrichtungen im Stadtteil, aber auch Stadtbezirk sind überwiegend nicht geeignet für geeignete Freizeitangebote für die älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Fest steht aktuell, dass mit der Schließung des Festspielhauses auch eine klassische Jugendkultureinrichtung fehlt. Die jugendpädagogische / jugendkulturelle Ausrichtung wird bei dem neuen Träger „Theater der Jugend“ nicht zu erwarten sein. **Die Bedarfe sind neu auszurichten und entsprechend sollte eine Jugendtreff am Hanns-Seidel-Platz berücksichtigt werden.**“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt.**

6.4.3 **Pausenhof-Interim für Grundschule am Strehleranger ermöglichen
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 06086**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:
„Empfehlung: z.K.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt.**

6.4.4 **Das Sozialreferat befürwortet den Umzug der WaPe vom jetzigen Standort in das
frühere
Gebäude der Filiale der Stadtsparkasse Waldperlach, Waldheimplatz 60.
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05996**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:
„Während bisher sogar ausreichend Geld für einen Neubau in Waldperlach zur Verfügung stand, kann jetzt nicht einmal die Miete finanziert werden. Des weiteren wird der Raumbedarf kritisiert. Für ganz Waldperlach mit den bisher anerkannten Bedarfen, auch Kinder- und Teenytreff, sind mindestens 200 qm erforderlich.“

Empfehlung: Wird mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Der BA sollte weithin darauf bestehen, dass das Sozialreferat sich aktiv um eine Lösung kümmert und den Raumbedarf entsprechend anpasst.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt.**

6.5 Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung

**6.5.1 Bauvorhaben im 16. Stadtbezirk, Stellungnahmen des BA 16
Antwortschreiben des Referats für Stadtplanung und Bauordnung**

6.5.1.1 **Max-Reinhardt-Weg 30 – Fl.Nr. 500/6 – Gemarkung: Perlach - Schulbauoffensive –
Neu-Genehmigung von 5 Schulpavillons Typ 3, bestehend aus 3 Klassenraumpavil-
lons, einem Verwaltungs- und Fachklassenpavillon und einem Pavillon für die Mit-
tagsbetreuung, befristet auf 11 Jahre**

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.5.1.2 **Klabundstraße 2; Schulbauoffensive - Antrag auf befristete Baugenehmigung (11
Jahre) für die als Hort genutzte Pavillonanlage; Bescheid vom 03.01.2024**

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.5.2 Weitere Antworten der Verwaltung

6.5.2.1 **Wiedervorlage/Abarbeitung meines Antrages vom Oktober 2019
Strom-/Wasseranschluss im Quartierspark Alexisquartier
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 06117**

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

6.5.2.2 **Bedenken bezüglich einer Baustelle am Franz-Behringer-Weg
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05936**

Der Bezirksausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

- 6.5.2.3 **Flächennutzung in der Carl-Wery-Straße konform mit dem Flächennutzungsplan?
BV-Anfrage Nr. 20-26 / Q 00269**
Herr Miller stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.
Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.
Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.
- 6.6 **Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen**
-/-
- 6.7 **Sonstige**
-/-
- 7 **Unterrichtungsfälle / Bekanntgaben**
- 7.1 **Mobilität**
- 7.1.1 **ÖPNV-Bauprogramme**
a) Sachstandsbericht zum 1. & 2. ÖPNV-Bauprogramm
b) Finanzierung
Fortschreibung der Kosten des 1. & 2. ÖPNV-Bauprogramms
Anmeldung des 3. ÖPNV-Bauprogrammes
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11452
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.1.2 **BPlan 57cl_Carl-Wery-Straße, BA-Anhörung; Schriftverkehr des BA-Vorsitzenden mit dem Baureferat**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.1.3 **Sammelbeschluss Ressourcenausweitungen für 2024**
Produkt 43512300 Strategie, Bezirksmanagement und Projektentwicklung; 43122300 Straßenverkehr
Beschluss über die Finanzierung ab 2024
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11884
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.1.4 **Mehr Verkehrssicherheit und höhere Aufenthaltsqualität für alle**
Aktueller Stand und weiteres Vorgehen bei der Umsetzung des Radentscheids
Sitzungsvorlagen Nr. 20-26 / V 12113
Beschluss des Mobilitätsausschusses vom 24.01.2024 (SB)
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.1.5 **Neubau eines Straßenbahnbetriebshofs in der Ständlerstraße; Planfeststellungsverfahren nach § 28 PBefG mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung; gesamtstädtische Stellungnahme**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.1.6 **Information der MVG zur Machbarkeitsstudie für einen Aufzug am U-Bahnhof Michaelibad**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.1.7 **Information des Straßenunterhaltsbezirks Ost zur Bearbeitung eines Anliegens aus der Bürgerschaft zum Winterdienst am Strehleranger in Richtung Am Graben**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2 **Kultur und Stadtbezirksbudget**
- 7.2.1 **Information des Bezirksausschusses über eingegangene Verwendungsnachweise oder Kurzberichte zu aus Budgetmitteln bezuschussten Maßnahmen**

- 7.2.1.1 **Theater Perlach; „Der krank Eingebildete“ (AT), Theaterstück mit jungen Erwachsenen; Sachbericht (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
zu 7.2.1.1 Verwendungsnachweis**
Bericht aus dem Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget:
*„Anmerkung: der Zuschuss war an den Falkenfreizeitstättenverein e.V. Jugendcafé Hochäckerstraße gewährt worden. Mit dem Zuschuss in Höhe von 5000.- EURO sollten die Produktion des Theaterstücks und drei Veranstaltungen im Theatercafé gefördert werden. Die Theatergruppe des Falkenfreizeitstättenvereins wird von deren ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterin [...] geleitet.
Ein Sachbericht wurde nicht vom Antragsteller sondern vom Theater Perlach, Frau [...], eingereicht.
Das Theater Perlach ist ein Gewerbebetrieb. Einzelheiten finden Sie unter folgendem Link: Theater & Bühne München-Perlach - veranstaltungen.meinestadt.de*
- Nach Angaben der Berichterstatlerin hat die Premiere des Stücks am 12.09.2023 in der MUCCA (munich center of community arts) stattgefunden. Zwei weitere Vorstellungen folgten. Alle drei Veranstaltungen waren ausverkauft! Ein Verwendungsnachweis, bzw. eine Einnahmen- und Ausgabenaufstellung liegen nicht vor.
Drei Vorstellungen im Jugendcafé an der Hochäckerstraße sind ohne Eintrittsgeld durchgeführt worden. (Anlage)*
- Beschlussempfehlung:
Der Unterausschuss empfiehlt einstimmig, die Antragsteller nochmals in die Unterausschusssitzung einzuladen und die offenen Fragen zu diskutieren.“*
- Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt.**
- 7.2.1.2 **Lastenradl München e.V.; zwei Lastenradl für Ramersdorf-Perlach; Verwendungsnachweis (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.1.3 **Neue Münchner Schauspielschule; Abschlussprojekt der NMS 2023; Verwendungsnachweis (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.1.4 **Münchner Zeitzeugen; München in den 50er Jahren; Verwendungsnachweis (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.1.5 **Kinder- und Jugendtreff ZeitFrei; Stadteilevent Länderkochen;Verwendungsnachweis**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.1.6 **Verein der Freunde der Freiwilligen Feuerwehr Michaeliburg von 1920 e.V.; Whiteboard für den Unterrichtsraum; Verwendungsnachweis**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.1.7 **Hospizverein Ramersdorf/Perlach;Theaterstück "Heute oder Morgen"; Verwendungsnachweis**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.1.8 **Fabi Neuperlach; Renovierung der Räumlichkeiten der Zweistelle Neuperlach; Verwendungsnachweis**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.1.9 **Internationale Montessorischule gGmbH; Campus-Kiss; Verwendungsnachweis**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.2 **Weitere Unterrichtungen**

- 7.2.2.1 **(U) Mehrjahresinvestitionsprogramm 2023 - 2027
Maßnahmen im Bereich des Kommunalreferates
Programmwurf
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11572**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.2.2 **Stadtbezirksbudget, Unterrichtung über einen neu eingegangenen Budgetantrag:
Sektion Oberland des DAV e.V.
Videoüberwachung im Materiallager der Boulderunterführung "Riesige Rosi" vom
11.03.2024 - 17.03.2024
575,00 €**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.2.2.3 **Information zur Höhe des Stadtbezirksbudgets in 2024**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.3 Umwelt, Gesundheit und Grünplanung**
- 7.3.1 **(U) Baumpflanzungen im öffentlichen Raum gemäß den Vorschlägen aus den Be-
zirksausschüssen
Ergebnis der Machbarkeitsuntersuchung für die Standortvorschläge
Sonderprogramm Klimaschutz 2021
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03895
Maßnahme 7: Mehr Grün und mehr Biodiversität III -
Baumpflanzungen im öffentlichen Raum
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09855**
Bericht aus dem Unterausschuss Umwelt, Gesundheit und Grünplanung:
„Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.“
- Herr Nüßle merkt an, dass er es als kritisch ansieht, dass die Jäcklinstr. mit dabei ist. Bei der Jäcklinstr. handelt es sich um eine einseitig befahrbare Straße, da sich auf einer Seite Parkplätze befinden. Man sollte sich die Straße nochmal anschauen, da es schwierig wird hier Parkplätze herauszunehmen
- Frau Wolf-Tinapp erklärt, dass die Triester Str. auch nicht so sinnvoll ist, da diese umgeplant werden soll.
- Herr Kauer stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.
Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.
Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.
- 7.3.2 **(U) Stadtteilgesundheit für München
Produkt 33414300 Gesundheitsplanung
Produkt 33412100 Förderung freier Träger im Gesundheitsbereich
Änderung des MIP 2023-2027
Beschluss über die Finanzierung ab dem Jahr 2024
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11342**
Bericht aus dem Unterausschuss Umwelt, Gesundheit und Grünplanung:
„Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.“
- Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.
- 7.3.3 **Zwischenstand Spielplatznutzung in der Paulsdorferstr.; Konfliktanalyse von AKIM
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**
Bericht aus dem Unterausschuss Umwelt, Gesundheit und Grünplanung:
„Voraussichtlich wird morgen das Protokoll der ersten Gesprächsrunde, initiiert von AKIM, final abgestimmt sein. Ich leite es dann weiter. Das Protokoll wurde von AKIM am 31.01. versandt. Es wurde Bereitschaft signalisiert, Bänke auf dem Nettoparkplatz aufzustellen. Bänke könnte evtl. der BA finanzieren. Das Protokoll wird noch vor der VV versandt.“

Bericht aus dem Unterausschuss Kultur und Stadtbezirksbudget:

„8.1 Bänke an der Grünanlage Paulsdorfferstraße

Der Unterausschuss diskutiert das Aufstellen von je zwei Bänken vor dem Netto- und dem Lidl-Markt in der Aschauer Straße, um den Spielplatz an der Paulsdorfferstraße zu entlasten und zusätzliche Aufenthaltsmöglichkeiten zu schaffen. Der Sachverhalt wurde im Unterausschuss Grünplanung und in Rücksprache mit AKIM vorbesprochen. Grundsätzlich besteht Einverständnis die Bänke vor Ort aufzustellen. Von den Einzelhändlern wurde auch Zustimmung zur Installation signalisiert. Der Unterausschuss empfiehlt einstimmig, dass mit dem Baureferat abgeklärt werden soll, ob die Voraussetzungen bestehen, diese Bänke als städtische Dienstleistung auf Privatgrund aufzustellen. Daraufhin soll AKIM mit den Einzelhändlern besprechen, ob die Bänke auch auf deren Kosten aufgestellt werden können. Falls dies nicht möglich ist, soll sich der Unterausschuss nochmals mit dem Sachverhalt befassen.“

Herr Sebald berichtet, dass AKIM daran arbeitet abzuklären, wie man die Situation entschärfen kann und den Spielplatz wieder zu ertüchtigen. Herr Sebald erklärt, dass es die Möglichkeit gibt, hier möglicherweise Bänke vom BA zu bezuschussen.

Herr Sebald führt weiter aus, dass es problematisch ist die Bänke auf privaten Grund aufzustellen. Dies wurde deshalb auch im UA Kultur und Stadtbezirksbudget kontrovers diskutiert. Herr Sebald erklärt, dass AKIM noch ein weiteres Treffen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern durchführt und mit den Supermärkten vor Ort in Kontakt ist. Herr Sebald fasst zusammen, dass der BA das Thema noch häufiger auf der TO haben wird.

Der Bezirksausschuss nimmt den Zwischenbericht und die Berichte des UA Umwelt, Gesundheit und Grünplanung und des UA Kultur und Stadtbezirksbudget zur Kenntnis.

**7.3.4 Novellierung der Baumschutzverordnung
Perspektiven zur weiteren Stärkung des Baumschutzes
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09944**

Bericht aus dem Unterausschuss Umwelt, Gesundheit und Grünplanung:
„Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

**7.3.5 Baumpflanzungen im öffentlichen Raum gemäß den Vorschlägen aus den Bezirksausschüssen
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09855
Information über die Einzelmaßnahmen für die vom BA eingereichten Standortvorschläge**

Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

7.3.6 Straßenbegleitgrün Ludwig-Erhard-Allee, Niemöllerallee; Unterrichtung über bevorstehende Entfernungen von Gefahrenbäumen; Nachträgliche Unterrichtung über entfernte Gefahrenbäume; Schreiben des Baureferates-Gartenbau vom 22.12.2023

Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

7.4 Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung

**7.4.1 (U) Familien- und Beratungszentrum mit Ersatzbetreuung in der Kindertagespflege am Hanns-Seidel-Platz
Zustimmung zu vorbereitenden Verhandlungen für die Anmietung bzw. für die Überlassung durch das Kommunalreferat
16. Stadtbezirk - Ramersdorf-Perlach
(vertagt aus der Januar-Sitzung)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11023**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:
„Empfehlung: z.K.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.4.2 **Aktualisierte Übersicht über Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose ab 48 Bettplätzen, Stand 30.09.2023 (vertagt aus der Januar-Sitzung)**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtanierung:
„Empfehlung: z.K.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.4.3 **Sportbauprogramm - Sachstandsbericht 2023 (vertagt aus der Januar-Sitzung)**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11285

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtanierung:
„Das Sportbauprogramm gibt einen anschaulichen Überblick zu allen Investitionsmaßnahmen für städtische Sportstätten und zu Zuschussmaßnahmen für die vereinseigenen Anlagen. In den Ausführungen zu den Eissportanlagen fällt dem UA negativ auf, dass das RBS anscheinend ohne Bedarfsabklärung mit den Wintersport- und Eislaufsportvereinen die Laufbahnen streichen will. Dieser Aspekt ist dem BA bereits bekannt geworden durch Proteste der betroffenen Vereine.“

Auch die Maßnahmen zu den Vereinsheimen an den BSA sind laut aktueller Pressebericht-erstattung nicht ausreichend kommuniziert bzw. abgeglichen worden.

Die Beschlussvorlage dient dem UA als Unterlage bzw. Hintergrundwissen für das Sportgespräch, dass der UA im Auftrag des BA am 17.01.24 durchgeführt hat.

Empfehlung: Kenntnisnahme“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.4.4 **Schul- und Kitabauoffensive – 5. Schulbauprogramm**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11583

**Beschluss des Bildungsausschusses und des Bauausschusses des Stadtrats der gemeinsamen Sitzung vom 06.12.2023 (VB); Öffentliche Sitzung
Rückmeldung des Referats für Bildung und Sport zur Stellungnahme des BA 16 (vertagt aus der Januar-Sitzung)**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtanierung:
„Das RBS weist darauf hin, dass der BA vor der Sommerpause 2023 einen Beschluss erhalten haben soll, der eine Gesamtschau enthalten soll. Die aktuelle Vorlage sei lediglich ein Überblick zu aktuellen Projekten, die nun auf den Weg gebracht werden. Diese Form der Berichterstattung mag aus Verwaltungssicht hinreichend sein, für ein ehrenamtliches Gremium wie dem BA ist dies allerdings eine formale Überforderung, schon aus zeitlichen Gründen.“

Planungen und Realisierungen der Schulstandorte bleiben so für den BA nicht nachvollziehbar, da aufgrund der Streckungen der Schulbauprogramme aufgrund der Haushaltskonsolidierungen nicht mehr alles so ist, wie es in den vorhergehenden Beschlüssen bekannt gegeben wurde.

Als Beispiel kann hier die Bebauung Otto-Hahn-Ring angeführt werden. Dies hätte eigentlich schon in Realisierung sein können. Die Schulversorgung sollte durch Erweiterung der GS Kafkastr. erfolgen. Wann diese Schule durch Abriss und Neubau wirklich mehr Kapazitäten haben wird, ist nicht bekannt. Jedenfalls ist es für die Schulversorgung ein Glücksfall, dass am Otto-Hahn-Ring noch nichts passiert.

Die Umsprengelung für die GS Balanstr. In Richtung Lincolnstr. ist dem UA unbekannt. Wir hatten im November noch zum Projekt „Klimaneutrales und klimaresilientes, wachsendes Quartier – Ramersdorf Süd“ entsprechende Versorgungsfragen gestellt – auch in Bezug der Raumknappheit an der GS Führichstr.

Eine kompakte auf den Stadtbezirk bezogene Versorgungs- und Planungsübersicht fehlt weiterhin. Die demografische Entwicklung, auf die sich das RBS immer bezieht, kann ohne transparente Darstellung nicht einfach als gegeben gesehen werden.

Empfehlung: Das Antwortschreiben wird mit Unzufriedenheit zur Kenntnis genommen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.4.5

**Angebote im Sozialraum
Befristete Finanzierung Shaere
16. Stadtbezirk - Ramersdorf-Perlach
(vertagt aus der Januar-Sitzung)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11070**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:
„Der UA nimmt mit Verwunderung zur Kenntnis, dass der Stadtrat hier ohne nähere Ausführungen für die Firma Shaere einen hohen Zuschuss für 2024 und 2025 beschlossen hat. Der Nutzen wird auf S. 3 global beschrieben. Natürlich sieht der UA es als positiv an, dass viele Vereine und Initiativen, auch Firmen, durch die Koordination von Shaere für ihre Aktivitäten geeignete Räume als Zwischennutzung bekommen haben. Der UA weiß aber auch, dass nicht gerade niedrige Mieten zu zahlen sind und die Mieten für Familienfeiern für die Neuperlacher*innen zu hoch oder sogar viel zu hoch sind. Die Formulierung, dass die Aufgabe von Shaere eine bürgernahe Aufgabe ist, trifft bei der Preisgestaltung nicht zu. Der UA fragt sich, ob die hohe Bezuschussung sich auch in der Mietpreisgestaltung niederschlagen wird.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.4.6

**18.Jetzt; Ergebnisse für die BA 16, 17, 18
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

Bericht aus dem Unterausschuss Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung:
„Wird nicht behandelt, da bereits in der UA-Sitzung im Dezember behandelt und in der Januar-BA-Sitzung als Kenntnisnahme erledigt.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.4.7

**(U) Haushaltsplan 2024 – Produkt- und zielorientierte Ansätze
Zuschussnehmerdatei 2024
Vollzug des Haushaltsplanes 2024 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des
Amtes für Wohnen und Migration
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11490**

Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

7.4.8

**(U) Haushaltsplan 2024 - Produkt- und zielorientierte Ansätze
Zuschussnehmerdatei 2024
Vollzug des Haushaltsplanes 2024 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des
Amtes für Soziale Sicherung
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11407**

Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

7.4.9

**Dienststellenverständigung; Haus für Kinder in der Zenzi-Mühsam-Str. 23; Informa-
tion des RBS vom 08.01.2024**

Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

7.4.10

**Klimaneutrales und klimaresilientes, wachsendes Quartier - Ramersdorf Süd; Sit-
zungsvorlage Nr. 20-26 / V 10320; Antwortschreiben des Sozialreferats**

Herr Damaschke stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.
Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.
Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.

7.5

Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung

7.5.1

Aktuelle Bauvorhaben im 16. Stadtbezirk

- 7.5.2 Unterrichtung der Unteren Naturschutzbehörde im Vollzug der Baumschutzverordnung**
- 7.5.2.1 **Schreilweg 14; Bescheid vom 19.12.2023**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.5.3 Vollzug der Satzung der Landeshauptstadt München über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum**
- 7.5.4 Weitere Unterrichtungen**
- 7.5.4.1 **(U) Beteiligung der Bevölkerung bei Planungen zur Stadtentwicklung
Empfehlung Nr. 20-26 / E 01322 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 04 - Schwabing West am 15.06.2023
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11945**
Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.
- 7.5.4.2 **Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich VI/39 Otto-Hahn-Ring (nördlich), Carl-Wery-Straße (östlich)
Billigungsbeschluss und vorbehaltlich endgültiger Beschluss
Stadtbezirk 16 – Ramersdorf-Perlach
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11504**
Herr Miller stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.
Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.
Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.
- 7.5.4.3 **Bebauung des "Siemens-Parkplatzes" am Otto-Hahn-Ring; BA-Antrag Nr. 20-26 / B 05071; Abdruck der Information des Referates für Stadtplanung und Bauordnung an die Bürgerinitiative zum Otto-Hahn-Ring**
Herr Miller stellt einen GeschO-Antrag zur Vertagung in den Unterausschuss.
Zu dem GeschO-Antrag wird keine Gegenrede eingelegt.
Dem GeschO-Antrag wird **einstimmig zugestimmt**.
- 7.6 Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen**
- 7.6.1 **Gaststätten (unveränderte Fortführungen); Mitteilungen des Kreisverwaltungsreferats**
-/-
- 7.6.2 Weitere Unterrichtungen**
- 7.6.2.1 **A) Sachstandsbericht zum Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEWI)
B) Anträge
(vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 10968**
Bericht aus dem Unterausschuss Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen:
„Seitens des BA wurde in der Vergangenheit in Anträgen und Stellungnahmen immer wieder auf die höchst mangelhafte Verkehrsanbindung des Gewerbegebiets Perlach Süd hingewiesen. Für Verbesserungen hierzu kann man bisher aber nur Fehlanzeige melden.

Im aktuellen Sachstandsberichts zum Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEWI) des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Stadtentwicklungsplanung und des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Wirtschaftsförderung finden sich unter der Ziffer 2.3.7 zum Gewerbegebiet Perlach Süd auf der Seite 23 u. a. folgende Ausführungen:

„Die Erschließung für gewerblichen Verkehr auf dem bestehenden Straßennetz ist mangelhaft, weshalb der Stadtrat schon vor einiger Zeit eine entlastende Verkehrsverbindung („Münchner Lösung“) beschlossen hat (Verkehrlicher Grundsatzbeschluss für den Münchner Südosten, Sitzungsvorlage Nr. 08 – 14 / V 10541 vom 24.07.2013).
...

Weite Bereiche des Gebietes, inklusive die Grundstücke der „Münchner Lösung“, befinden sich in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet und können nur nach Erteilung einer zusätzlich zu beantragenden wasserrechtlichen Erlaubnis und mit deutlich höherem technischem und finanziellem Aufwand bebaut werden, was die Attraktivität für Vorhabenträger verringert. Eine weitere Entwicklung des Gebiets ist somit nicht nur von einer Realisierung der „Münchner Lösung“, sondern auch von der Lösung des Hochwasserschutzes abhängig. Die Trasse der „Münchner Lösung“ verläuft teilweise über eine im FNP dargestellte All-gemeine Grünfläche, die betreffenden Grundstücke sind im Eigentum Dritter.“

Mit Blick auf diese wenig optimistisch stimmenden Ausführungen empfiehlt der UA einstimmig eine Nachfrage an die LH München zu richten, wie mit der Erkenntnis, dass die Erschließung des Gewerbegebiets Perlach mangelhaft ist, umgegangen wird und ob Schritte zur besseren Erschließung geplant sind. Wenn ja, wird um Angaben zu den konkreten Maßnahmen und zum Zeithorizont hierzu gebeten.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.6.2.2 **Angebot zum Versand von Bezirksausschussnewslettern (vertagt aus der Sitzung vom 11.01.2024)**

Bericht aus dem Unterausschuss Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen:

„Angesichts unterschiedlicher Auffassungen und der vielschichtigen Aspekte (Newsetter ja oder nein, mögliche Inhalte, wer übernimmt verbindlich die redaktionelle Erstellung von Beiträgen, wer ist presserechtlich verantwortlich für die einzelnen Beiträge usw.) sollen bis zu einer der nächsten UA-Sitzungen Überlegungen hierzu angestellt werden und dann ein Entscheidungsvorschlag für den BA erarbeitet werden.“

Daneben empfiehlt der UA innerhalb der Fraktionen Möglichkeiten und Vorschläge für Inhalte/Themen/Verantwortlichkeiten zu sammeln und anschließend in den UA einzubringen.“

Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses wird **einstimmig zugestimmt**.

7.6.2.3 **(U) Änderung der Satzung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München**

(Bezirksausschuss-Satzung) und der Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München

1. Vorberatungen in der BA-Satzungskommission vom 13.11.2023

a) Rechte der Bezirksausschüsse beim Baumschutz stärken

Empfehlung Nr. 20-26 / E 01091 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 21 – Pasing-Obermenzing am 15.03.2023

b) Rechtzeitige Beteiligung der Bezirksausschüsse in allen Bebauungsplanverfahren BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 04834 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 16 - Ramersdorf-Perlach vom 08.12.2022

c) Marktveranstaltungen als Entscheidungsrecht in die BA-Satzung aufnehmen

BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 04816 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 06 – Sendling vom 05.12.2022

d) Anhörungsrecht für die BAs auch bei größeren Veranstaltungen auf Privatgrund BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 05899 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 15 – Trudering-Riem vom 21.09.2023

e) Änderungen der BA-Satzung und BA-Geschäftsordnung

2. Umsetzung der Empfehlungen in eine Satzung zur Änderung der Satzung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München (Bezirksausschuss-Satzung) sowie Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11611

Der Bezirksausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

7.7 **Sonstige**

-/-

8

Termine und Verschiedenes

Herr Kauer erklärt, dass am 12.02.2024 eine Schalte zum Thema Grünanlage Adam-Berg-Straße stattfindet.

Herr Sebald wirbt für die Teilnahme am Schafkopfturnier.

Herr Kauer bittet die BA-Mitglieder um ein Stimmungsbild zum Sitzungslokal. Herr Kauer erklärt, dass das Stimmungsbild zur Lätare-Kirche in der letzten Sitzung positiv durchwachsen war. Herr Kauer fasst die Vor- und Nachteile des Sitzungsorts in der Lätare-Kirche zusammen. Herr Kauer erklärt, dass der Pfarrgemeinde die Sitzungstermine bekannt gegeben wurden und beim Pfarrsaal in der Lüdersstr. 12 möglicherweise der Sitzungstermin im Mai verlegt werden müsste.

Frau Meier-Credner erläutert, dass sie darauf angewiesen ist, dass die Sitzungen in einem Raum stattfinden, in dem sie gut hören kann. Deshalb wäre für sie der Pfarrsaal in der Lüdersstr. 12 am besten.

Frau Girardin erklärt, dass die Grünen Fraktion insgesamt der Meinung ist, dass man weiter im Pfarrsaal in der Lüdersstr. 12 tagen sollte.

Herr Soukup erklärt, dass die CSU Fraktion auch für den Pfarrsaal in der Lüdersstr. 12 als Sitzungsort wäre, aber man noch drei weitere Tische benötigen würde.

Herr Schabl erklärt, dass die Freie Wähler Fraktion auch für den Pfarrsaal in der Lüdersstr. 12 als Sitzungsort wäre, wobei man ein Mikrofon für jede Fraktion und möglicherweise zwei Mikrofone für die großen Fraktionen benötigt.

Frau Kress-del Bondio und Frau Schweizer sprechen sich auch für den Pfarrsaal in der Lüdersstr. 12 als Sitzungsort aus.

Herr Kauer erklärt, dass man dementsprechend schaut, dass man das ganze Jahr hier im Pfarrsaal in der Lüdersstr. 12 bleibt, wobei man, wie gesagt, für Mai noch schauen muss.

Herr Kauer schlägt dennoch vor, der Lätare-Kirche ein Signal zu geben, dass sie einen Budgetantrag stellen sollten, um eine mobile Mikrofonanlage anzuschaffen, da eine solche zu einem Veranstaltungsort dazugehört.

8.1 Termine der UA - Sitzungen

8.1.1 Mobilität

8.1.2 Kultur und Stadtbezirksbudget

8.1.3 Umwelt, Gesundheit und Grünplanung

8.1.4 Bildung und Sport, Soziales und Stadtsanierung

8.1.5 Bauvorhaben, Stadtplanung und Stadtteilentwicklung

8.1.6 Kommunales und öffentlicher Raum, Ökonomie, Partizipation und Satzungsfragen

8.2 Ankündigungen, Verschiedenes

9 Nichtöffentlicher Teil

Herr Kauer schlägt vor die nichtöffentliche Sitzung nicht zu eröffnen, den Beschlussempfehlung des Unterausschusses für TOP 9.1 und TOP 9.2 zuzustimmen und TOP 9.3 in den UA Mobilität zu vertagen.

Dem wird **einstimmig zugestimmt.**

Für die Richtigkeit:

München, 26.03.2024

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Thomas Kauer
Vorsitzender des BA 16
Ramersdorf-Perlach

gez.

D-II-BA / BAG Ost
Protokoll